

Institut Solidarische Moderne (Hg.)

Die Politik der Vielen

**Umbruch und Aufbruch
in eine solidarische Moderne**



Institut Solidarische Moderne (Hg.)

Die Politik der Vielen

Umbruch und Aufbruch in eine solidarische Moderne



Was uns bewegt <i>Vorstand des Instituts Solidarische Moderne</i>	4
Neue Allianzen? (Post-)Migrantische Bündnisse als Möglichkeit, dem Rechtsruck zu begegnen <i>Ein Gespräch zwischen Tamer Düzyol und Esther Lehnert</i>	5
Die solidarische Gesellschaft sichtbar machen #unteilbar als Ausgangspunkt für eine neue Mobilisierung im 21. Jahrhundert <i>Judith Amler</i>	10
Solidarische, gerechte und nachhaltige Aufnahme von Geflüchteten in Europas Kommunen <i>Malisa Zobel</i>	14
Arbeitskämpfe und Arbeitswelten im sozial-ökologischen Wandel <i>Interview mit Axel Troost</i>	17
„Das ist schon eine klimagewandelte Welt“ – Fit for future or not? <i>Interview mit Tazio Müller</i>	20
„Nicht eine weniger“ Die große feministische Streikwelle gegen il/liberale Politiken <i>Isabell Lorey</i>	22
Fridays for Future in Qamishlo Was kann die Linke in Europa von Rojava lernen? <i>Interview mit Kerem Schamberger</i>	27
Aufs Ganze gehen! 10 Jahre ISM – Die Perspektive der Mosaiklinken <i>Andrea Ypsilanti und Thomas Seibert</i>	30

Was uns bewegt

Vorstand des Instituts Solidarische Moderne



Wir befinden uns zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung in einer Zeit des Umbruchs, der Krise, der radikalen Infragestellung einer nicht zum ersten Mal instabil erscheinenden globalisierten neoliberalen Weltordnung, der wir schon lange lokal, bundesweit, europäisch, weltweit emanzipatorische Ideen für eine solidarische Gesellschaft von morgen entgegenstellen. Die Bedrohung durch die Corona-Pandemie hat im Institut Solidarische Moderne Diskussionen angeregt, Unsicherheit und Ambivalenzen ausgelöst. Sie hat uns aber vor allem darin bestätigt, gerade jetzt die richtigen Fragen zu stellen, begonnene Kämpfe weiterzuführen, uns im linken Mosaik zu ermächtigen, progressive Antworten zu finden und unserer selbsternannten Aufgabe als linker Programmwerkstatt für einen sozial-ökologischen Wandel gerecht zu werden.

Wir müssen dabei nicht neu beginnen. Am 31. Januar 2020 ist das ISM zehn Jahre alt geworden. In unserem Gründungsaufwurf schreiben wir: „Die Zeit ist reif für einen neuen Politikentwurf. Die existenziellen gesellschaftlichen Gefahren verlangen politisch realisierbare Antworten. Die Probleme unserer Welt sind offenkundig: von den ökologischen und wirtschaftlichen Grenzen des bisherigen ressourcenverachtenden Wachstums bis zum gravierenden Gefälle zwischen individueller Reichtumsanhäufung und um sich greifender Armut, von der alltäglichen Missachtung der Menschenrechte bis zu vielen neuartigen Konflikten und Friedensgefährdungen.“¹ Positiv formuliert sind wir unserem Gründungsgedanken treu geblieben, negativ betrachtet haben sich viele Gründe für unseren Zusammenschluss leider nicht zum Positiven verändert und zeigen sich aktuell in ihrer bedrohlichsten Gestalt.

Progressive, emanzipatorische Veränderung braucht in unserem Verständnis eine politische Kultur und einen gesellschaftlichen Dialog innerhalb dessen, was wir als linkes Mosaik bezeichnen. Wir bringen Menschen aus gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien, aus akademischer Wissenschaft und aus sozialen Bewegungen zusammen, sowohl innerhalb unserer eigenen Reihen als auch in den von uns organisierten Veranstaltungen und gesponnenen Netzwerken. Dabei geht es nicht darum, Unterschiede einzuebenen, sondern diese fruchtbar zu machen, neue Perspektiven einzunehmen und Übersetzungsarbeit zu leisten.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Juni 2019 eine Konferenz mit dem Titel *Die Politik der Vielen* in Berlin organisiert, aus der die hier veröffentlichten Texte und Interviews hervorgegangen sind. Dabei haben wir die Frage gestellt, welche sozialen Bewegungen von „unten“ gerade stark und wirksam werden und warum eigentlich „oben“ nicht so viel davon ankommt, im Regierungshandeln keine Rolle spielt. Denn: Zahlreiche neue soziale Bewegungen und solidarische Praktiken haben in den letzten Jahren soziale, ökologische, ökonomische, kulturelle, feministische und migrantische Perspektiven verbunden, ohne dabei in nationalen Grenzen zu verharren. Ob in den Frauenstreiks, im Hambacher Forst, in den Solidarity Cities oder der solidarischen Landwirtschaft und Ökonomie – hier liegen Impulse und Potenziale für einen linken politischen Aufbruch. Ein gemeinsames, gegenhegemoniales politisches Projekt, das eine sozial-ökologische Transformation in Angriff nehmen könnte, steht jedoch nicht am Horizont. Weder den Bewegungen noch der politischen Linken gelingt die Übersetzung in eine gemeinsame Strategie und Programmatik. Die Machtfrage, die sich heute in Deutschland und Europa von links stellen müsste, bleibt so weiterhin ungelöst; die sozialen Kämpfe der Vielen bleiben fragmentiert und diffus; und es ist zu befürchten, dass die aktuelle Corona-Krise alle bisherigen Erfolge und Bewegungen zurückwerfen wird.

Anlässlich unseres diesjährigen Jubiläums hatten wir euch im April diesen Jahres zu einer Veranstaltung mit dem Titel *Demokratisiert euch!* eingeladen, bei der wir die grundlegende Frage nach demokratischer Erneuerung mit euch diskutieren und gleichzeitig auf die letzten zehn Jahre der politischen Kämpfe zurückblicken wollten. Diese Einladung, mit euch zu diskutieren, zu streiten und zu feiern, mussten wir leider absagen und können wir in absehbarer Zeit nicht nachkommen. Aber wir wollen und können uns keinen Stillstand leisten – wir organisieren uns vorerst im digitalen Raum und werden auch dort neue Einladungen an euch aussprechen.

Diese Broschüre ist ein Dankeschön an alle unsere Mitglieder und Mitstreiter*innen und eine Einladung an alle Interessierten und Kritiker*innen, die virulenten politischen Fragen anzugehen, die schon vor dem Virus da waren und die nach dem Virus noch mehr Menschenleben, Existenzen und Kämpfe angehen werden.

1 Unseren Gründungsaufwurf findet ihr unter: <https://www.solidarische-moderne.de/de/article/2.vorstellung.html>.



Neue Allianzen?

(Post-)Migrantische Bündnisse als Möglichkeit, dem Rechtsruck zu begegnen

Ein Gespräch zwischen Tamer Düzyol und Esther Lehnert

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Und das nicht erst durch die Proteste gegen Geflüchtete, den erstarkenden Antisemitismus und Antifeminismus und die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD). Rechtsextreme Terrorakte wie die Ermordung von Walter Lübcke, das Attentat auf die jüdische Synagoge in Halle mit zwei Opfern, Jana L. und Kevin S., der mörderische Anschlag in Hanau, wo das Leben von Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüzü, Hamza Kenan Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu und Gökhan Gültekin beendet wurde und das jahrelang mögliche Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mit insgesamt zehn Opfern und zahlreichen weiteren Verletzten sind nur die Spitze des Eisberges. Der NSU ermordete Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık,

Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Insbesondere für von Rassismus und Antisemitismus betroffene Menschen stellt Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine alltägliche Realität dar. Auf der anderen Seite haben sich in den letzten Jahren immer erfolgreicher neue Bündnisse gegen Rechts Gehör und Aufmerksamkeit verschafft. Hierbei handelt es sich um Bündnisse, die eine migrantische/postmigrantische und explizit rassistuskritische Perspektive in den Mittelpunkt stellen. Der Anschlag in Halle hat zudem schmerzlich darauf verwiesen, wie gleichermaßen unerlässlich die Einnahme einer antisemitismuskritischen Perspektive in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsruck in unserer Gesellschaft ist. Die unter anderem auch von dem *unteilbar*-Bündnis organisierte Demo *#KeinFussbreit* nach dem Anschlag am 13. Oktober 2019 in Berlin ist ein Beispiel für die Verbindung von rassistus- und antisemitismuskritischen Perspektiven.

In unserem Beitrag wollen wir die rechtspopu-

listische Bedrohung näher analysieren und auf notwendige Perspektiven der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus verweisen. Wir fragen danach, womit wir es aktuell zu tun haben und was das gefährliche an dieser Entwicklung ist. In einem weiteren Schritt wollen wir den „neuen“ Protest gegen Rechts beschreiben und herausarbeiten, dass die „neuen Bündnisse“ nur aus einer (post-)migrantischen Perspektive möglich sind und genau hieraus ihre besondere Kraft ziehen. Darüber hinaus wollen wir verdeutlichen, dass angesichts der Komplexität und Virilität der Bedrohung keine einfachen Ansätze oder Lösungen ausreichen. Vielmehr bedarf es auch – und hier ist der Anschlag in Halle mit seiner Verknüpfung von Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus ein Beispiel – einer intersektionalen Perspektive.

Um zu verstehen, in welcher demokratiegefährdenden gesellschaftlichen Situation wir uns befinden und welche spezifischen Herausforderungen sich hieraus ergeben, ist es sinnvoll, sich dem Begriff „Kulturkampf“ zuzuwenden. Der Begriff „Kulturkampf“ ist eng verknüpft mit dem Konzept der politischen Hegemonie, das wiederum auf Antonio Gramsci zurückzuführen ist. Dieser antifaschistische Philosoph, der für seine Überzeugung im italienischen Faschismus jahrelang im Gefängnis saß, hatte erkannt, dass Menschen vor allen Dingen über eine Bezugnahme auf ihre Alltagskulturen erreicht werden können, also im vorpolitischen Raum. In diesem Raum wird ein politisches Koordinatensystem entworfen und die Grenzen des gesellschaftlich Sagbaren werden hier gezogen und verschoben.

Für die Entwicklung des Kulturkampfes von rechts in der Bundesrepublik muss das erste Buch von Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab* (von 2010), als Zäsur und Dammbrechung gleichermaßen bewertet werden. Mit diesem Machwerk, bei dessen Autor es sich um einen ehemaligen Berliner Senator und (seit 2019 mit einem noch nicht rechtskräftigen Parteiausschluss belegten) Mitglied der SPD handelt, war es zu einer Verschiebung gekommen. Die Tatsache, dass Sarrazin mit seinen rassistischen, sozialdarwinistischen, sexistischen, antisemitischen und in jedem Fall kruden Thesen einen so großen Resonanzraum in allen Teilen der Gesellschaft finden konnte, zeigt die große gesellschaftliche Anschlussfähigkeit solcher Thesen auf. Und stellt gleichzeitig den ersten großen Erfolg des Kulturkampfes von rechts nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Sarrazin – ein geachtetes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft – erwies sich als SPD-Mit-

glied und ehemaliger Senator als besonders geeignet, rechtsextremes Gedankengut in der „guten“ Mitte der Gesellschaft zu äußern, zu normalisieren und den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben.

Gesellschaftlich erfolgreich ist der Kulturkampf von rechts insbesondere durch die Strategie der Metapolitik, die in erster Linie durch die „Neue Rechte“ betrieben wird.¹ Der französische Philosoph Alain de Benoits gilt als ein zentraler Vordenker der Nouvelle Droite: Er orientiert seinen Begriff des Politischen an dem Konzept der kulturellen Hegemonie von Gramsci. In dieser Strategie – auch als Metapolitik beschrieben und insbesondere von der Identitären Bewegung praktiziert, geht es um eine Neudeutung ursprünglich emanzipatorischer Konzepte und Begriffe sowie um deren rassistische oder völkische Aufladung. Das Gefährliche hieran ist – und hier ist die „Silvesternacht in Köln“ 2015 ein anschauliches Beispiel –, dass Rechte immer wieder auf real vorhandene gesellschaftliche und strukturelle Defizite aufmerksam machen, in diesem Fall die Nicht-Ahndung sexualisierter Gewalt gegen Frauen*, diese jedoch nicht gesellschaftlich rahmen, sondern externalisieren. Über dieses „Othering“ werden gesellschaftliche Missstände rassistisch aufgeladen und nach außen auf die „Anderen“ projiziert.

Von zentraler Wichtigkeit im Kampf für die rechte kulturelle Hegemonie ist auch in Deutschland die Neue Rechte: Diese konnte in den vergangenen Jahren auch ihre „intellektuellen“ Strukturen ausbauen. Götz Kubitschek wird als eine*r ihrer wichtigen Protagonist*innen gesehen. Kubitschek hatte das Institut für Staatspolitik (IFS) und den Antaios Verlag gegründet und Raum für neu-rechte Diskurse geschaffen.

IFS und Antaios Verlag fungieren auch als Mittler in breitere rechtskonservative Kreise. Der Kulturkampf von rechts hat in der Bundesrepublik insbesondere durch die parlamentarischen Erfolge der AfD Fahrt aufgenommen. Mit dieser Partei sitzt zum ersten Mal seit 1945 eine offen rechtspopulistische und in weiten Teilen rechtsextreme Partei im Bundestag. Darüber hinaus ist die AfD in allen Landesparlamenten vertreten und auf kommunaler Ebene gut verankert. Über die Einschätzung der AfD als „extreme“ und damit für die Demokratie gefährliche Partei oder „nur“ rechtspopulistische Partei herrschen im Alltag, in vielen Feuilletons und in weiten Teilen der TV-

Um zu verstehen, in welcher demokratiegefährdenden gesellschaftlichen Situation wir uns befinden, ist es sinnvoll, sich dem Begriff „Kulturkampf“ zuzuwenden. Gesellschaftlich erfolgreich ist der Kulturkampf von rechts insbesondere durch die Strategie der Metapolitik, die in erster Linie durch die „Neue Rechte“ betrieben wird.

1 In der Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Neuen Rechten“ muss darauf verwiesen werden, dass es sich um eine Selbstbezeichnung handelt.

Berichterstattung Missverständnisse vor: Etwa, dass es sich bei Rechtsextremismus um einen Extremismus handele, von dem nur die Ränder unserer Gesellschaft betroffen seien. Und auch, dass Rechtspopulismus die harmlosere Variante darstelle und auch immer noch, dass die eigentliche rechtsextreme Bedrohung von männlichen, schlecht oder gar nicht ausgebildeten jungen Männern aus dem Osten ausgehe. Das eigentliche tiefgehende (und gewollte?) Missverständnis, das hier vorliegt, ist, dass Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus nicht als „normale“ gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der BRD anerkannt werden und damit die strukturelle Ebene aus dem Blick gerät.

In der Tat wird der Begriff „Rechtsextremismus“ nach wie vor sehr unterschiedlich benutzt und funktionsiert (auch in unserem Gebrauch) als Sammelbegriff für verschiedene Einstellungen und Erscheinungsformen im „Rechtsaußenspektrum“ – das von gewalttätigen Neonazikameradschaften bis hin zu sich bürgerlich gebenden Vertreter*innen der Neuen Rechten und der AfD reicht.² Im Rechtsextremismus werden Menschenrechte außer Kraft gesetzt, demokratische Strukturen und emanzipatorische, liberale, pluralistische Errungenschaften zu zentralen Feindbildern erklärt.³ Als zentrale Bestandteile des modernen Rechtsextremismus gelten: Nationalismus, Ethnozentrismus, Rassismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Autoritarismus, Chauvinismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit.⁴ Dass es sich hierbei um ein gesamtgesellschaftliches und vor allen Dingen auch um ein Problem der gesellschaftlichen „Mitte“ handelt, kann nicht oft genug wiederholt werden. Diese Unschärfe bzw. in Teilen auch ein gesamtgesellschaftliches Nicht-verstehen-Wollen finden wir auch in dem häufig verharmlosenden Gebrauch des Begriffs „Rechtspopulismus“. In erster Linie handelt es sich hier um einen spezifischen Politikstil: Zentral ist hier die Vermittlung extrem rechter Theoreme

*Rechtspopulist*innen inszenieren sich als Stimme des „einfachen Mannes“, als eigentliche Vertretung des „Volkes“. Das geschieht auf eine rebellische, autoritäre Art und Weise.*

und Narrative auf emotionaler Basis. Gesellschaftliche Ängste werden geschürt und zwar ausschließlich solche, die sich auf Abwertungen und auf Vorurteile stützen. Rechtspopulist*innen inszenieren sich als Stimme des „einfachen Mannes“, als eigentliche Vertretung des „Volkes“. Das geschieht auf eine rebellische, autoritäre Art und Weise. Maßgeblich ist neben der Betonung des Völkischen (weshalb auch von der völkischen Rechten gesprochen werden kann) die propagandistische Abgrenzung gegen „die da oben“ und die Konstruktion eines „wir“ gegen „die Anderen“⁵. Die Abgrenzung gegen die sogenannten Eliten ist insofern als propagandistisch zu beschreiben, als dass es dem Rechtspopulismus nicht um die generelle Infragestellung oder Abschaffung von Eliten geht. Es wird vielmehr von einer „natürlichen“ Ungleichheit (der Geschlechter, der Klassen, der Ethnien) und einer „natürlichen“ Elite des „Volkes“ ausgegangen.

Die Annahme einer „natürlichen“ Ungleichheit findet sich in den großen rechtspopulistischen Erzählungen beispielsweise über den „großen Austausch“ oder die „Gender-Verschörung“.

Hier finden sich zentrale Schnittmengen zu den „Neuen Rechten“. Weitere wichtige und für den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rechtsruck relevante

Akteur*innen in dem Rechtsaußen-Spektrum sind die „neuen rechten Bewegungen“ und neue rechte Mentalitäten. Hier ist beispielhaft auf PEGIDA und allgemein auf die GIDA-Bewegungen zu verweisen, denen es gelang, eine breite gesellschaftliche Gruppe, die „Mitte“ der Gesellschaft, gegen die Aufnahme von Geflüchteten zu mobilisieren. Zentrales Feindbild waren hier Menschen muslimischen Glaubens, die sich mehrheitlich unter den Geflüchteten befanden. Bereits in einem ersten „Zehn-Punkte-Plan“ hat PEGIDA deutlich gemacht, dass für das Selbstverständnis der „neuen rechten Bewegungen“ Sexismus und Antifeminismus von großer Bedeutung sind. Neuen Rechten Bewegungen gelingt es im Schulterschluss mit der AfD – als einer rechtspopulistischen und in weiten Teilen rechtsextremen Partei – ihre rechtsextremen Ideologien in gesamtgesellschaftliche Diskurse einzubringen.

Tamer: Esther, mit dieser Einleitung haben wir die Grundlage für unsere Diskussion über Herausforderungen und Perspektiven in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in seiner Breite, mit Rassismus und Antisemitismus geschaffen. Hierbei

2 Häusler, Alexander/Küpper, Beate (2019): Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn: Dietz Verlag, S. 147-170. Hier Seite 149.

3 Vgl. Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen* – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

4 Nach Stöß, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf> (abgerufen am 28.04.2020); Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (2010): Was ein rechter Mann ist. Rechtsextremismus und Männlichkeiten, Berlin: Dietz Verlag.

5 Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Rees, Jonas H. (2019): Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte, in: Zick/Küpper/Berghan: Verlorene Mitte (2019), S. 173-202.

ist mir wichtig, noch einmal zu unterstreichen, dass Rechtsextremismus und auch der Rechtspopulismus keine Erfindungen der AfD sind. Die sogenannten „Gastarbeiter*innen“ und auch die „Vertragsarbeiter*innen“, die ab den 1950er Jahren innerhalb der heutigen Grenzen von Deutschland lebten, waren sowohl von Rassismus als auch von Rechtsextremismus betroffen. Die Diskurse um „das Boot ist voll“, „Ausländerkriminalität“ oder auch die Kampagnen gegen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurden vor der AfD geführt. Wir müssen von Kontinuitäten reden. Auch Sarrazin erfindet nichts Neues, er knüpft mit seinem Buch an vorangegangene Diskurse an.

Esther: Hier kann ich dir vollkommen zustimmen. Weitere Beispiele sind hier auch antisemitische Anschläge oder auch Äußerungen von Schriftstellern – so zum Beispiel die Rede von Martin Walser in der Paulskirche über die „moralische Keule“ (mit Bezug auf die Shoa). Auch die Wahlerfolge und die Präsenz der NPD in der Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre geben Hinweise auf gesellschaftliche Diskurse und Stimmungen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass sich mit der AfD qualitativ etwas verändert hat. Dass es wieder „normaler“ und akzeptierter wird, sich „rechts“ zu äußern und emanzipatorische gesellschaftliche Errungenschaften, die sich zum Beispiel im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) oder in der „Ehe für alle“ niederschlagen, grundsätzlich in Frage zu stellen oder auch zu negieren, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Dazu kommen die geschichtsrevisionistischen „Schuldskult“-Kampagnen der AfD, die unmittelbar an frühere Kampagnen der NPD anschließen. Mit Aussagen über ein „Denkmal der Schande“ (Höcke), die Anrufung der „Heldentaten“ der deutschen Soldaten im 1. UND im 2. Weltkrieg (Gauland) und dem Geraune über die „Strippenzieher im Hintergrund“ wird die Shoa relativiert und Antisemitismus wird Vorschub geleistet. Dass es sich beim Antisemitismus um ein bundesdeutsches Phänomen handelt, wird erst zögerlich wahrgenommen (u.a. mit der Ausstellung *Das hat es bei uns nicht gegeben – Antisemitismus in der DDR* von Heike Radvan und der Amadeu Antonio Stiftung).

Tamer: Antisemitismus ist eine Realität, nicht nur eine historische. Es hilft nicht, wenn wir Antisemi-

tismus nicht als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachten wollen. Genauso wichtig finde ich, dass antimuslimischer Rassismus benannt und wahrgenommen wird. Denn Muslime* und Muslima* bekommen tagtäglich diesen Rassismus zu spüren, nicht nur kollektiv, sondern auch immer wieder persönlich. Der Islam und die Lebenspraxis von Menschen muslimischen Glaubens werden kollektiv seit mehreren Jahrhunderten seziert. In TV-Sendungen, in den Zeitungen und auch auf den Straßen laufen lauter „Islamexpert*innen“ herum, die „DEN“ Islam und „die Muslima* und Muslime“ erklären. Verschiedene Momente, wie die Arbeitsmigration aus u.a. der Türkei, die iranische Revolution oder der 11. September, haben dazu geführt, dass diese Debat-

ten befördert wurde. Diese Diskurse gehen nicht an den Menschen vorbei. Worte werden in Hass und Gewalt übersetzt. Angriffe auf muslimische Gotteshäuser finden regelmäßig statt. Der Mord an Marwa El-Sherbini ist nicht vergessen. Sie wurde 2009 im Landgericht Dresden, wo sie als Zeugin geladen war, erstochen. Sie war ein Opfer von antimuslimischem Rassismus. Wir können nicht einfach wegschauen. Von der Intensität und von der schieren Zahl der Betroffenen her ist die Zeit längst gekommen, antimuslimischen Rassismus gesamtgesellschaftlich aufzuarbeiten.

Esther: Auch hier kann ich dir nur zustimmen. Die Einstellungsforschung zeigt hier ganz deutlich, dass der antimuslimische Rassismus in den letzten Jahren erheblich an Zustimmung gewonnen hat.

Tamer: Wie ich bereits eingangs erwähnte, ist es mir sehr wichtig, darauf zu verweisen, dass diese Situation allerdings nicht neu ist. Wir dürfen nicht so tun, als hätten uns die Aliens vor ein paar Jahren Rechtsextremismus und Rassismus auf die Erde gebeamt. Die rechten Massenmobilisierungen auf den Straßen und die Wahlerfolge der AfD haben zu einer Diskursverschie-

bung geführt, weil ausnahmslos alle parteipolitischen Akteure sich den Diskursen der AfD angepasst haben. Da erinnere ich mich ganz genau an eine Wahlsendung, wo von der LINKEN bis zur CDU, alle Parteien ihr „besseres“ Abschiebekonzept vorgestellt hatten. Inzwischen hat sich die Lage beruhigt, dennoch gibt es keine Entwarnung. Denn die AfD und die Neue Rechte, aber auch die extreme Rechte sind in den letzten Jahren gewachsen und konnten die

*Rechtsextremismus und
Rechtspopulismus sind keine
Erfindungen der AfD. Wir müs-
sen von Kontinuitäten reden.
(Tamer Düzyol)*

*Trotzdem hat sich mit der AfD
qualitativ etwas verändert.
Es wird wieder „normaler“ und
akzeptierter, sich rechts
zu äußern.
(Esther Lehnert)*

Grenze zur „Mitte“ der Gesellschaft aufbrechen. Das macht Bündnisse unabdingbar, um dieser „neuen“ Situation etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren gab es hierfür ermutigende Beispiele, die wertvolle Arbeit geleistet haben. So hat beispielsweise das Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ in einem breiten Bündnis aus von Rassismus betroffenen und von Rassismus nicht betroffenen Akteur*innen und Initiativen eine zivilgesellschaftliche Aufklärungs- und Aufarbeitungsarbeit betrieben. Das *unteilbar*-Bündnis und auch Welcome United haben eine wichtige Arbeit geleistet, um ein Zeichen gegen Rassismus, gegen Hass und Hetze zu setzen. Solche Bündnisse hat es immer wieder gegeben und auch haben immer wieder von Rassismus betroffene und von Rassismus nicht betroffene Menschen zusammengearbeitet. Das Neue an den Bündnissen ist die rassismussensiblere Perspektive und der Raum, der den Akteur*innen, die von Rassismus betroffen sind, eingeräumt beziehungsweise auch von diesen beansprucht und eingenommen wird.

Esther: Ich nehme auch wahr, dass diese Bündnisse intersektionale Perspektiven einnehmen. Das ist auch wichtig. Nicht zuletzt der Anschlag in Halle hat

diese Dimension ganz deutlich hervortreten lassen: Der Attentäter, der sich in der deutschen Gesellschaft (unbemerkt?) radikalieren konnte, inszenierte sich selbst als frauenhassender Krieger, der ohne jedes Mitgefühl sowohl gegen Juden* und Jüdinnen* als auch gegen (Post-)Migrant*innen vorgeht. Hier stellt er sich bewusst in die Tradition von Anders Breivik oder des Attentäters von Christchurch, die sich gleichermaßen in ihren Verlautbarungen gegen die

„Feministinnen“, den „großen Austausch“ und die „jüdische Weltverschwörung“ richten. In rechtsextremen und rechtspopulistischen Weltbildern werden diese Feindbilder schon immer zusammengedacht. Von daher gilt es, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und weitere Diskriminierungsverhältnisse in der Analyse in den Blick zu nehmen. Für unsere Bündnisarbeit bedeutet das,

betroffene Personen zu Wort kommen zu lassen und das in den Communities situierte Wissen einzubinden. Wenn unser Protest ein gemeinsamer sein soll – und das ist angesichts der großen Bedrohung von zentraler Bedeutung – sind wir auf den Einbezug rassistischer und antisemitischer Perspektiven angewiesen, die zusätzlich den gesellschaftlichen Sexismus mitreflektieren.

Die rechten Massenmobilisierungen und die Wahlerfolge der AfD haben zu einer Diskursverschiebung geführt, weil ausnahmslos alle parteipolitischen Akteure sich den Diskursen der AfD angepasst haben.
(Tamer Düzyol)



Tamer Düzyol ist promovierter Geschichtswissenschaftler, der aktuell in der Politikberatung tätig ist. Er engagiert sich u.a. in den Themenfeldern Rassismus, Rechtsextremismus und postmigrantisches Gesellschaft in Deutschland. 2018 veröffentlicht er zu-

sammen mit Taudy Pathmanathan den Gedichtband „HAYMATLOS“, wo Lyrik zu u.a. Rassismus, Migration und Identität vereint wird.



Dr. Esther Lehnert ist Professorin für Geschichte, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Rechts-Extremismus an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Seit Jahren setzt sie sich auf wissenschaftlicher, praxisbezogener und politischer Ebene mit

Präventions- und Interventionsmöglichkeiten von und gegen Rechtsextremismus auseinander. Sie ist Mitarbeiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung und Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.



Die solidarische Gesellschaft sichtbar machen

#unteilbar als Ausgangspunkt für eine neue Mobilisierung im 21. Jahrhundert

Judith Amler

Es ist der 13. Oktober 2018, eine Viertelmillion Menschen bewegt sich #unteilbar durch die Straßen einer europäischen Hauptstadt: Berliner*innen mit Migrationshintergrund gehen an der Seite von Aktivist*innen, die sich seit 15 Jahren für eine Abschaffung von Hartz IV und gegen soziale Exklusion einsetzen, sie laufen zusammen mit Nachbarschaftsgruppen und denjenigen, die sich für einen fairen Welthandel engagieren. Sie kommen aus „der Provinz“ und aus dem urbanen Zentrum. Ob mit Kinderwagen, Fahrrädern oder im Rolli – es geht gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung, die Verschärfung von Polizeigesetzen und eine rücksichtslose Politik im Sinne „Innerer Sicherheit“, es geht im kilometerlangen Zug vom Alexanderplatz bis zur Siegessäule um gleichberechtigte Teilhabe, um eine offene und solidarische Gesellschaft.

In einer viele Stunden währenden, großartigen und ermutigenden Kundgebung, die Politik, Kunst, Kultur, und Aktivist*innen zusammen auf die Bühnen bringt, spricht unter anderen die Autorin, Journalistin und Aktivistin Kübra Gümüşay:

„Eine einzelne Person kann nicht alle Kämpfe gleichzeitig führen. Es geht nur gemeinsam. Es

geht nur zusammen. Deshalb braucht es Solidarität. Nicht, weil wir alle in allem eins und einig sind. Sondern weil wir alle versuchen, für eine gerechtere, friedliche Welt einzustehen.“¹

Was war das, was da am 13. Oktober 2018 auf die öffentliche Bühne trat oder besser: in die Öffentlichkeit drückte und was sich in etwas anderer Weise am 24. August 2019 in Dresden wieder zeigte? Was hat zur lange ersehnten Sichtbarkeit der solidarischen Gesellschaft geführt – einer Gesellschaft, die viele zusammenbringt, nämlich Gruppen, die bis dahin eher getrennt denn gemeinsam gedacht worden waren? Die vereint zum Ausdruck bringt, was bislang außerhalb der Vorstellungskraft weiter, bis ins linke Spektrum hineinreichender Teile der institutionalisierten Politik lag? Wie kann man diesen Moment erklären, und welche Aufgaben und Fragen werden in diesem für die Zukunft aufgeworfen? Dies gilt es gemeinsam zu verhandeln und das Gespräch darüber befin-

1 Gümüşay, Kübra (2018): Nicht an Ungerechtigkeiten gewöhnen, in: Bündnis Unteilbar: #unteilbar. Für eine offene und solidarische Gesellschaft, Berlin: Ullstein Verlag. Hier: S. 15.

det sich im Fluss. Im Folgenden will ich ausführen,² was sich 2018 und 2019 in Sommern der Solidarität womöglich zeigte – etwas, das über die vielfältigen Mobilisierungen der vergangenen Jahre hinaustrat, indem es sie zusammenbrachte. Und das Fenster öffnet, in dem es genau damit dem Engagement für ein gutes Leben für alle zu mehr Sichtbarkeit verhilft.

Die Normalisierung eines rechten Ausnahmezustands bis ins Jahr 2018

Der Moment, in dem der Aufruf von #unteilbar, der Wunsch, „die solidarische Gesellschaft“ sichtbar zu machen, Flügel und Füße bekam und zum Versprechen geworden ist, ist ohne seinen Kontext nicht zu verstehen. Neun Jahre vor dem 13. Oktober 2018 äußert sich ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank im Kulturmagazin *Lettre International* abfällig über „einen Teil von Menschen, etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung [Berlins], die nicht ökonomisch gebraucht werden“. Er sprach über eine „große Zahl von Arabern und Türken“ ohne „produktive Funktion“.³ Derjenige, der das sagte, war Finanzsenator in Berlin, und sprach auch schon mal über warme Pullover, die man anziehen könne, wenn das Geld für die Heizung nicht reiche.⁴

Im Jahr 2013 gründet sich die sogenannte „Alternative für Deutschland“, eine Partei, die ungeachtet all ihrer Gründungsmitglieder vom radikal rechten Rand über lange Zeit hinweg in erster Linie als eine Partei von (Ökonomie-)Professor*innen gelesen worden

ist⁵ – während Antifaschist*innen klar beschrieben, womit man es zu tun hat: Mit einer Kraft von Rechtsaußen, die sich dem Ziel verschrieben hat, die Linie des Sagbaren im Deckmäntelchen des Bürgerlichen immer weiter zu verschieben, hin zu einem autoritären, völkischen und rassistischen Diskurs, der heute Folgen zeigt.

Sprung in die staatliche Migrations(abwehr)politik: Im Laufe der letzten Jahre hat sich eine Normalisierung der Abwehr von Flüchtenden an den Grenzen bis hin zu Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan durchgesetzt, selbst in rot und/oder grün (mit)regierten Bundesländern. Gleichzeitig lassen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Menschen sehenden Auges zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken und diejenigen, die sie zu retten versuchen, werden mit Geld- und sogar Haftstrafen bedroht. Politisch und öffentlichkeitswirksam werden Grenzsicherungen zwischen Bayern und Österreich organisiert, um diejenigen abzuweisen, die es bis in das durch das Dublin-Regime abgeschottete Deutschland schaffen. Panik um die „Souveränität“ Deutschlands wird massenmedial inszeniert.

Zu Beginn des Jahres 2018 erlebt Deutschland alltäglich eine Debatte, in der die AfD und Konsort*innen Öffentlichkeit wie Regierende mit einem Skandal nach dem anderen vor sich hertreiben, in der schließlich besonders auch die CSU einen Ausnahmezustand beschwört. Es ist eine Zeit, in der rassistisches Gedankengut in die Gespräche im Familienkreis wie am Arbeitsplatz und fast noch schneller in die reale Politik einsickert und sie zu bestimmen scheint, in der die Menschenrechte von Flüchtenden schamlos in Frage gestellt werden oder ohnehin nichts mehr gelten. Statt Letztere zu verteidigen, folgt das Regierungshandeln der Agitation von rechten Scharfmacher*innen, die versuchen, zu spalten statt zu integrieren, die sich als Verteidiger*innen der von Altersarmut betroffenen Rentner*innen geben, während sie gegen zugewanderte Pflegekräfte hetzen.

Das Begehren nach einer Politik der Solidarität

„Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.“⁶

Das war der zentrale Anspruch, den #unteilbar am

2 Anmerkung: Dieser Text wurde im Winter 2019 verfasst. Inzwischen hat sich der rassistische Normalzustand mit dem Tabubruch einer Zusammenarbeit bürgerlicher Parteien mit der AfD am 05.02.2020 in Erfurt sowie dem Anschlag in Hanau vom 19.02.2020, bei dem neun Menschen getötet wurden, nochmals verdeutlicht. #unteilbar hat hier wie schon nach dem Anschlag in Halle vom 09.10.2019 nochmals bewiesen, dass es gemeinsam mit vielen anderen in der Lage ist, große Zeichen mit breit getragenen antirassistischen Demonstrationen zu setzen.

Jetzt, in Zeiten der Corona-Krise, stellt sich auch für #unteilbar die große Herausforderung, welche Form der Organisation und wie eine gesellschaftliche Dynamik in Gang zu setzen ist, die auf die fundamentale soziale und gesellschaftliche Krise antworten kann. Denn es geht um nichts anderes als um ein Streiten für eine unteilbare Zukunft und ein unteilbares Streiten für eine Zukunft für alle, also um #unteilbarforfuture.

3 Vgl. jeweils „Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistung zur Metropole der Eliten“, Interview von Frank Berberich mit Thilo Sarrazin in *Lettre International*, Heft 086 im Herbst 2009; zitiert nach Mitteilung Nr. 48/2010 des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung vom 04.04.2013, https://www.mpil.de/files/pdf4/CERD_48_2010_Deutsch2.pdf (zuletzt abgerufen am 30.04.2020).

4 Interview mit SPD-Senator Sarrazin: „Mit dickem Pullover Energiekosten sparen“, in: RP Online, 28.07.2008, https://rp-online.de/politik/deutschland/mit-dickem-pullover-energiekosten-sparen_aid-11436811 (zuletzt abgerufen am 30.04.2020).

5 Der Zeitpunkt der Gründung hatte eben auch mit der so genannten Eurokrise zu tun und damit, dass man nicht für „die faulen“ Griech*innen im Euroraum zahlen wolle.

6 Website des #unteilbar-Bündnisses: „Über #unteilbar“, <https://www.unteilbar.org/uber-unteilbar/> (zuletzt abgerufen am 30.04.2020).

13. Oktober 2018 auf den Punkt gebracht hat. Das Bündnis⁷ versprach in diesem Moment etwas zusammenzubringen, auszudrücken und diesem eine neue Form zu geben – über die bis heute dringend notwendigen Defensivkämpfe der Vielen hinaus. Das Zusammenkommen antifaschistischer Kämpfe mit dem Engagement für ein solidarisches Miteinander und für eine nachhaltige Zukunft ermöglicht es, im Gemeinsamen die Stärkung der verschiedenen Anliegen zu begreifen. Denn über die Jahre hinweg hatte sich langsam aber sicher schon eine andere Perspektive angedeutet: Antira-Aktivist*innen und Ehrenamtliche, die sich in ihren Gemeinden seit dem „Sommer des Willkommens“ zu Hunderttausenden für Geflüchtete einsetzten, erkannten, dass sie sich breiter vernetzen und/oder überhaupt erstmals politisch organisieren müssen, wenn sie nicht ausbrennen, sondern die Situation zum Positiven verändern wollen. Und gleichzeitig erkannten auch diejenigen, die sich gegen den angesichts des von der Großen Koalition fest etablierten Dogmas der „Schwarzen Null“ fortschreitenden Sozialabbau stemmen, dass es neuer Bündnisse bedarf: Es geht nur gemeinsam, wenn wir den Anliegen einer progressiven Politik für die Menschen Gehör verschaffen wollen.

Das ist der Kontext, in dem es Aktivist*innen in Berlin schafften, für den 13. Oktober eine Großdemonstration zu mobilisieren, wie sie seit Jahren nicht mehr gesehen worden war – erst recht nicht angesichts eines sehr kurzen Zeitfensters von nur vier Monaten, in denen bedeutende Teile der gesamten Stadtgesellschaft zum Engagement für unteilbare Menschenrechte bewegt worden sind:

„Sie artikulieren in überwältigender Klarheit das Begehren nach einer anderen Politik: einer Politik der Solidarität, in der wir, die Zivilgesellschaft, die Handelnden sind. #unteilbar vereint, wofür viele Menschen jeden Tag allein kämpfen. #unteilbar ist Hoffnung und Aufbruch.“⁸

In diesen Zeilen kommt zum Ausdruck, womit sich viele in den zurückliegenden Jahren nur punktuell beschäftigt hatten: Wenn wir progressive Politik denken, so dachten viele von uns diese üblicherweise eindimensional, auf einen bestimmten Ansatzpunkt fokussiert. Es ging um Gruppen, denen zu helfen wäre, Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten – oder um eine Vision, die so fern erscheint, dass sie keine notwendige Masse an Unterstützer*innen fin-

den kann. Das alles versuchen einige, die im Sommer 2018 mit einer Massenmobilisierung beginnen, zu überwinden. Angesichts der für breite Mehrheiten bedrohlichen Entwicklung hin zu einer immer autoritäreren, nationalistischen und die Interessen der Wenigen statt der Vielen bedienenden politischen Agenda schließen sich immer mehr Engagierte zusammen. Ohne die Unterschiede auszublenden, wollen sie das Verbindende suchen und gemeinsam ein deutliches Signal gegen die Spaltung von Interessen senden.

#unteilbar: mehr als die Summe seiner Teile

Dabei kam #unteilbar nicht aus dem Nichts. Die Jahre bis 2018 waren bereits von der Vielfalt diverser Mobilisierungen gegen die tagtäglichen Zumutungen der herrschenden Politik geprägt: Zehntausende Mieter*innen drängten mit ihren Protesten auf die Straße, Zehntausende setzten sich Woche für Woche ein gegen die Räumung des Hambacher Forsts und den weiteren Raubbau im Rheinischen Kohlrevier, ebenso wie gegen die Interessenspolitik von Staat und Konzernen. Bürger*innen strömten in Massen gegen rechtspopulistische und rassistische Hetze und gegen die Verschärfung der Polizeigesetze auf die Straße – sie wollten Gehör und Wandel, sie wollten, dass für andere Perspektiven (als immer wieder für die der radikalen Rechten) Platz geschaffen wird.

Darauf baut #unteilbar auf: Es war und ist ein Angebot, über das bisherige hinauszureichen, es ist Versprechen und deswegen auch ein „Bündnis“ neuen Typs – es geht hier weniger um das „Aushandeln“ von definierten Organisationsinteressen als vielmehr um das Anbieten eines Raums für die Vielen, um das Aushalten von Unterschieden und das nicht nur quantitative, das qualitative „Mehr“-werden. Zurecht versteht sich #unteilbar 2018 als eine Bewegung, die in diesem Moment nur, aber auch nicht weniger bilden kann als den (großartigen) Höhepunkt eines Sommers der Solidarität, der bei #ausgehetzt in München, bei We'll come United in Hamburg, in den Mobilisierungen gegen neue Polizeigesetze und bei #WirSindMehr in Chemnitz entsteht. In Berlin wird ein Aufruf verfasst, der Gemeinsamkeiten formuliert, ohne in einen zahnlosen „Aufstand der Anständigen“ zu münden. Es wird eine Agenda verhandelt, in der möglichst alle, die sich als Teil der vielfältigen Bewegungen für unteilbare Menschenrechte verstehen, zu Wort kommen sollen – sei es, weil sie das bereits einmal Erkämpfte verteidigen wollen, oder weil sie sich für einen neuen Aufbruch in eine neue, bessere Zukunft engagieren wollen. Auf diese Weise setzt #unteilbar am 13. Oktober 2018 das Ausrufezeichen hinter einen Sommer der Solidarität.

Und seither hat das Bündnis #unteilbar kaum eine Pause eingelegt – denn mit der Großdemo am

7 Liste der Erstunterzeichnenden des Aufrufs zur Demonstration vom 13.10.2018 ist hier einsehbar: <https://www.unteilbar.org/uber-unteilbar/positionen/aufruf-13-10-2018/aufruf-13-10-2018-erstunterzeichnende/>.

8 Vorwort vom Bündnis #unteilbar in „#unteilbar (2018). Hier: S. 10.

13. Oktober mit knapp einer Viertelmillion Teilnehmenden ist auch eine Verantwortung verbunden: Welche Aufgaben hat #unteilbar danach, welche Prozesse können angeschoben, weitergetrieben werden, wo sind produktive Orte, die gerade mit dem #unteilbar-Gedanken wirkmächtig werden und der (existierenden und aber immer wieder unsichtbar gemachten) solidarischen Gesellschaft mehr als nur eine Bühne verschaffen können?

Die Abfolge der Landtagswahlen in mehreren ostdeutschen Ländern, die zunehmende Schärfe der Auseinandersetzung und gleichwohl couragiert arbeitende Menschen und Initiativen gaben Anfang 2019 den Ausschlag für gemeinsame Aktivitäten im „Osten“. Ob mit der Unterstützung eines #unteilbar-Bündnisprozesses in Sachsen, einer Konzert- und Marktplatztour unter dem Titel #WannWennNichtJetzt, mit #unteilbar-Lesungen in Kleinstädten im Osten oder ob bei #Zusammenstehen in Erfurt am 1. Mai – Ziel war und ist es, die progressive und solidarische Gesellschaft sichtbar zu machen. Ziel war es 2019 damit auch, „den Osten nicht rechts liegen zu lassen“. Und so konnte am 24. August im Bündnis⁹ in Dresden erneut ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt werden: Wieder ist die solidarische Gesellschaft auf die Straßen gegangen und konnte als ein Mehr als die Summe ihrer Teile einen gemeinsamen Ort schaffen, der zum Engagement für eine andere Politik jenseits des immer wieder fast allein von Rechtsaußen dominierten Diskurses motiviert.

Eine neue Mobilisierung für das 21. Jahrhundert

Der Wind, der solchem Engagement, den Menschen- und Freiheitsrechten entgegenweht, ist leider nicht wirklich schwächer geworden. Geändert hat sich allerdings, dass niemand daran vorbei kommt, dass es die Vielen, das Andere, das Vielfältige gibt, das jeden Tag aufs Neue für die Unteilbarkeit der Rechte eintritt. Das ist nicht wenig, denn viele erleben es als frustrierend bis beängstigend, dass es die offene und freie Gesellschaft inzwischen fast alltäglich zu verteidigen, mancherorts gänzlich neu zu erkämpfen gilt: Wo Repräsentant*innen der institutionalisierten Politik an einem Tag Seite an Seite mit dem Bündnis gehen, ist inzwischen nicht mehr auszuschließen, dass sie am nächsten Tag Mittel zur Förderung demokratischen Engagements streichen und Antifaschist*innen in ihrem alltäglichen Kampf gegen die virulente Bedrohung von Rechtsaußen behindern. Nicht zuletzt dies macht ein Solidari-

tätsversprechen¹⁰, das sich sächsische #unteilbar-Mitglieder angesichts der nach den Landtagswahlen bedrohlichen Situation gegeben haben, notwendig – es gilt, weiterhin gemeinsam zu agieren, wo immer mehr Menschen unter die Räder zu geraten drohen.

Für die kommende Zeit wird nun ein Zusammenkommen unterschiedlicher Bewegungen konzipiert. Dabei besteht die Chance, und das haben die letzten eineinhalb Jahre eindrucksvoll gezeigt, dass mit dem #unteilbar-Gedanken neue Fenster geöffnet werden: Wo andere Mehrheiten durch das gemeinsame, solidarische Auftreten von unterschiedlichen Gruppen, die sich für eine progressive Politik engagieren, sichtbar gemacht werden, gelingt es, Platz zu schaffen für einen emanzipatorischen Diskurs.

Heute geht es darum, dass Klimagerechtigkeit die Devise der Zeit sein muss. Wo #unteilbar gestern anfang, die soziale Frage mit der des menschenwürdigen Umgangs mit Geflüchteten wie Flüchtenden zusammenzubringen und gegen das Gegeneinander-Auspielen von Positionen Stellung bezieht, darf heute auch der dringend notwendige Klimaschutz nicht gegen die Ängste vor einer ökologischen Transformation ausgespielt werden. Denn Geld ist genug da, es kommt darauf an, Verteilungsfragen zu stellen, Klima und Gerechtigkeit zusammen zu denken. Dies kann gelingen, wo Vielfalt nicht unter den Teppich gekehrt wird, sondern die unterschiedlichen Akteur*innen gemeinsam mehr als die Summe ihrer Teile bilden wollen. #unteilbar zeigt damit, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts womöglich einer ganz anderen Mobilisierung als der lange gekannten bedarf: Einer, die die Konstruktion ideeller Welterzählungen erst einmal hinter sich lassen muss, um vom Abstrakten ins gemeinsame politische Handeln zu kommen. Und so überhaupt erst eine neue Basis für die demokratische Verhandlung über ein gutes Leben für alle schafft.



Judith Amler ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Sie vertritt das globalisierungskritische Netzwerk in Bündnissen wie *Aufstehen gegen Rassismus* und #unteilbar und hat in diesem Zusammenhang unter anderem an der Vor-

bereitung der #unteilbar-Großdemonstration am 24. August 2019 in Dresden mitgewirkt.

⁹ Die Liste der Erstunterzeichnenden von #unteilbar Sachsen ist hier einsehbar: <https://www.unteilbar.org/aktionen/unteilbar-sachsen/erstunterzeichnende-aufruf-unteilbar-sachsen/> (zuletzt abgerufen am 30.04.2020).

¹⁰ Zum Solidaritätsversprechen der #unteilbaren Zivilgesellschaft in Sachsen siehe: <https://www.unteilbar.org/soliversprechen/> (zuletzt abgerufen am 30.04.2020).



Solidarische, gerechte und nachhaltige Aufnahme von Geflüchteten in Europas Kommunen

Malisa Zobel *

Die Europäische Union (EU) droht an der Frage, wie Europa mit Migration und flüchtenden Menschen umgeht, auseinanderzufallen. Und zwar nicht deshalb, weil sie nicht in der Lage wäre, die ankommenden Menschen aufzunehmen, sondern weil sich an dieser Frage ein grundsätzlicher Konflikt innerhalb der EU manifestiert. Die vermeintliche ‚Flüchtlingskrise‘ ist zu allererst eine politische Krise der Europäischen Union als Wertegemeinschaft. Ähnlich wie in nationalen Debatten

zu Migration auch werden Konflikte darüber, was Europa eigentlich bedeutet und ausmacht, entlang dieser Frage ausgehandelt. Auf der einen Seite stehen Akteur*innen, die eine vertiefte europäische Integration ablehnen und vor allem intergouvernementale Kooperation zwischen souveränen Nationalstaaten bevorzugen, auf der anderen Seite Akteur*innen, die in einer vertieften europäischen Integration eine größere Problemlösungskapazität zur Bewältigung der meist transnationalen Herausforderungen sehen.

Diese Konfliktlinien haben nicht originär mit den Flucht- und Wanderungsbewegungen seit 2015 zu tun, aber es wird suggeriert, dass eine Einigung in dieser Frage auch den inneren Zusammenhalt der EU wiederherstellen könnte. In dieser Lesart ist die innere Ordnung der EU vor allem durch die Flucht- und Wanderungsbewegungen gestört und sollte es

* Der vorliegende Beitrag ist eine überarbeitete Version eines Artikels von Gesine Schwan und Malisa Zobel mit dem Titel „Asylblockade lösen, Gemeinden stärken“ der in der Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft im September 2019 veröffentlicht wurde. Ich bedanke mich bei Internationale Politik und Gesellschaft für die Erlaubnis, den Artikel in veränderter Form zu vervielfältigen.

gelingen, diese Bewegungen einzudämmen und zu stoppen, wäre auch der innere Zusammenhalt wieder ins Gleichgewicht gebracht.

Damit der Anschein der Wiederherstellung der inneren Ordnung gewahrt wird, setzt Europa zunehmend auf Externalisierungspraktiken. Über Versuche, Grenzkontrollen und Asylverfahren außerhalb Europas durchzuführen, wird Migration aus dem Blickfeld genommen. So kann suggeriert werden, dass Ordnung herrscht. Dass dabei gleichzeitig die Werte Europas über Bord geworfen werden, indem die Menschenrechte verletzt und Zugänge zu Asylverfahren verwehrt werden, scheint für viele politische Akteur*innen nur eine kleine Nebensache zu sein. Dabei ist diese grundsätzliche Diskrepanz zwischen Europas normativem Anspruch und dem tatsächlichen politischen Handeln essentiell und betrifft uns alle, denn wenn wir anfangen zu akzeptieren, dass die Grund- und Menschenrechte an unseren Außengrenzen oder im Mittelmeer keine Rolle mehr spielen, dann ist es um den Schutz der Menschenrechte innerhalb Europas auch nicht gut bestellt.

Diesen Externalisierungspraktiken und dem Infragestellen der Seenotrettung stellen sich zahlreiche Städte und Gemeinden entgegen und bieten an, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen (siehe die ‚Sichere Häfen‘-Städte der Seebrücke-Bewegung). Das zeigt, dass viele Kommunen sich durchaus für das Gemeinwesen in Deutschland und Europa zuständig fühlen und Europas humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen wollen. Die deutschen Städte sind hier nicht allein, auch andere europäische Städte wie Barcelona, Danzig, Neapel und Palermo haben deutlich gemacht, dass sie weiterhin bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen.

Die Bereitschaft zur freiwilligen Aufnahme von europäischenn Städte und Gemeinden hat noch einmal mehr Gewicht bekommen, seit Italien und Malta das Anlegen von Schiffen mit aus Seenot Geretteten davon abhängig gemacht haben, ob es eine Zusage für die Verteilung und Aufnahme (die sogenannte ‚Relocation‘) der ankommenden Menschen gibt. Zudem haben Italien und Malta seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wieder angekündigt, keine Schiffe der zivilen Seenotrettung in ihren Häfen einlaufen zu lassen. Das Schließen der Häfen ist weder mit internationalem noch mit EU-Recht zu vereinbaren, da eine Rückführung nach Libyen den Grundsatz der Nicht-zurückweisung verletzt und den Schutzsuchenden nach EU-Recht der Zugang zu einem Asylverfahren gewährt werden muss. Gleichzeitig stellt die aktuelle europäische Rechtslage (insbesondere die Dublin-Verordnung) die EU-Außengrenzstaaten vor eine große Herausforderung, da sie als Ersteinreisestaaten faktisch für den Großteil aller Asylverfahren zuständig sind.

Die ungleiche Lastenteilung und fehlende Solida-

rität zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist seit langem bekannt und zentraler Zankapfel in den Verhandlungen über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Schon 2016 wurde eine Reform des GEAS angestrebt und 2017 noch einmal bekräftigt. Trotz drei Jahren Verhandlung mit Reformvorschlägen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission konnte sich der Europäische Rat jedoch bisher nicht auf eine Reform verständigen. Vor dem Hintergrund dieser Reformblockade hat sich die Anlandungs- und Ausschiffungskrise der Seenotrettungsschiffe im zentralen Mittelmeer immer mehr zugespitzt, da für jedes ankommende Schiff die Aufnahme und Verteilung der Schutzsuchenden auf verschiedene Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission und die Innenminister der EU Mitgliedstaaten neu ausgehandelt werden musste. Diese zugespitzten Ad-hoc-Verhandlungen verstärkten noch den Eindruck einer vermeintlichen ‚Flüchtlingskrise‘ (die eigentlich eine Flüchtlingschutzkrise ist) und lenken den Blick ab von mittel- und langfristigen Lösungskonzepten.

Deshalb hat die organisierte Zivilgesellschaft in Deutschland schon im April 2019 in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin gefordert, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für einen verlässlichen Verteil- und Aufnahmeschlüssel für die im Mittelmeer geretteten Schutzsuchenden einsetzen soll sowie den Kommunen, die Aufnahmebereitschaft signalisiert haben, diese auch zu ermöglichen. Der offene Brief baut auf einem Vorschlag des Europäischen Rats für Flüchtlinge und Exilierte (ECRE) auf. Dieser schlägt ein mittelfristiges ‚Relocation‘-Verfahren mit einer Koalition von hilfsbereiten EU-Mitgliedstaaten vor, welches vom Asylunterstützungsbüro EASO koordiniert und unter Anwendung der Humanitären Klausel in der Dublin-Verordnung eine Übernahme der Asylverfahren aus dem EU-Außengrenzstaat erlauben würde. Zwar gibt es inzwischen zumindest für die aus dem zentralen Mittelmeer geretteten Schutzsuchenden einen temporären Verteilungsschlüssel, auf den sich jedoch nur ein kleiner Teil der EU-Mitgliedstaaten beim EU-Innenministertreffen auf Malta geeinigt hat. Doch trotz der Erklärung von Valletta wird die Anlandung ziviler Seenotrettungsschiffe in europäischen Häfen weiterhin erschwert.

Langfristig gibt es also keine Alternative zu einer grundlegenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Da jedoch die Positionen der Mitgliedstaaten, was die Aufnahme- und Verteilung der Schutzsuchenden betrifft, verhärtet sind, lohnt es sich auch an dieser Stelle, die Städte und Gemeinden enger in den Blick zu nehmen. Anstelle einer obligatorischen Verteilungsquote auf der Ebene der Mitgliedstaaten könnten die aufnahmebereiten Mitgliedstaaten ihren Städten und Gemeinden eine Aufnahme erlauben. Die Städte und Gemeinden

könnten ihre Bedarfe (Ausbildungsplätze, Wunsch nach Familien mit Kindern, ect.), aber auch Potentiale (z.B. Willkommenslotsen, interkulturelle Projekte, schon bestehende Verbindungen zu Herkunftsländern etc.) auf einer Plattform einspeisen. Schutzsuchende könnten, nachdem sie registriert wurden und Zugang zum Asylverfahren bekommen haben, eine Abfrage ihrer eigenen Präferenzen ausfüllen. Nach einem Abgleich der Präferenzen von Kommunen und Schutzsuchenden könnten Schutzsuchende aus den Treffern („matches“) eine Kommune auswählen.

Bei solch einem ‚Matching-Verfahren‘ geht es nicht darum, wie in einer Vermittlungsbörse die am besten vermittelbaren Menschen in den Kommunen unterzubringen, sondern die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Kommunen und Menschen zu nutzen und auch die gegenseitigen Erwartungen sichtbar zu machen. Eine kleine eher ländlich geprägte Kommune, die dringend neue Einwohner*innen sucht, kann durchaus attraktiv gegenüber einer Großstadt sein, wenn sie Geflüchtete willkommen heißt und aktiv Teilhabe ermöglicht. Genauso wie nicht jede*r in Deutschland unbedingt in die Großstadt ziehen möchte, sind auch die Präferenzen der Schutzsuchenden divers. Die Natur, eine gute Schule für die Kinder und eine Gemeinschaft, in der man sich willkommen fühlt, macht auch ländliche Gemeinden attraktiv.

Zudem könnte Europa die freiwillige Aufnahme der Städte und Gemeinden durch eine Investitionsinitiative stärken. Diejenigen Kommunen, die zur Aufnahme bereit sind, sollten die Kosten der Aufnahme und Integration direkt von der EU erstattet bekommen und als zusätzlichen Anreiz noch Mittel in gleicher Höhe für die eigene kommunale Entwicklung. Die EU könnte dafür im nächsten mittelfristigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) einen Fond auflegen und daraus die europäischen Kommunen direkt finanzieren. Das wäre gerecht und solidarisch, da dann diejenigen Kommunen, die mehr Verantwortung übernehmen, auch die finanziellen Mittel dafür hätten. Zudem könnte es die Städte und Gemeinden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell wiederbeleben, da z.B. Mittel für Kulturprojekte zur Verfügung stehen würden. Außerdem könnte es eine positive Dynamik unter den europäischen Regionen auslösen. Wenn einige Städte mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass die gesamte Gemeinde – also Ansässige und Neuankommende – profitiert, dann ziehen andere Städte eher nach, oder üben Druck auf ihre Regierung aus, ihnen auch eine Aufnahme und damit Zugang zu EU-Mitteln zu ermöglichen.

Die Bewerbung auf die Mittel aus solch einem EU-Integrations- und Investmentfond könnte von einer lokalen Partizipationsoffensive flankiert werden. Beratende Multi-Stakeholder-Beiräte auf lokaler Ebene

könnten in einem deliberativen Verfahren eine Empfehlung erarbeiten, ob aufgenommen werden soll und wie die Gemeinde die Teilhabe der Neuankommenden am besten ermöglichen kann. Durch die Einbindung der verschiedenen Stakeholdergruppen auf lokaler Ebene hat die Empfehlung zur Aufnahme eine breite Legitimation. Zudem wird die Verantwortung geteilt, da viele verschiedene Akteur*innen sich beteiligen. Durch die Entscheidung, was mit den zusätzlichen Mitteln geschehen soll, kommt die Gemeinde in eine Entwicklungsperspektive, in welcher die Aufnahme und Integration von Geflüchteten eingebunden ist, das Hauptaugenmerk jedoch darauf liegt, wo man als gesamte Gemeinde gemeinsam hinsteuern möchte.

Europa braucht dringend eine solche mittel- und langfristige Strategie, die die Ankunft von Schutzsuchenden nicht als Bedrohung und Krise versteht, sondern als Chance für eine nachhaltige Entwicklung. Diese Strategie sollte Europa von unten durch Investitionen und mehr Partizipation auf lokaler Ebene beleben, anstatt eine Externalisierung der EU-Migrations- und Flüchtlingspolitik anzustreben, die EU-Mittel außerhalb Europas investiert und weder humanitär noch nachhaltig ist. Die einseitige Versteifung auf das Verhindern von Migration vergiftet die Beziehung zu den Ländern Afrikas. Verhandlungen über künftige Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sollten auf Augenhöhe geführt werden, anstatt diese an eine Bereitschaft zur Migrationskontrolle zu knüpfen. Europa kann es sich nicht leisten, seine Werte im Mittelmeer ertrinken zu lassen, denn – in den Worten Leoluca Orlando, Bürgermeister von Palermo – „Menschenleben in Seenot retten heißt: unsere Menschlichkeit retten!“.



Dr. Malisa Zobel ist seit August 2018 Leiterin der Kommunalen Integrations- und Entwicklungsinitiative an der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Plattform in Berlin. Zuvor promovierte und lehrte sie am Lehrstuhl für vergleichende

Politikwissenschaft der Europa-Universität Viadrina im Bereich Parteienforschung und Migrationspolitik und arbeitete in einem Projekt der Thyssen-Stiftung zum Einfluss der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa. Sie beschäftigt sich mit Städten als Orten demokratischer Innovation sowie der Rolle und dem Einfluss rechtsradikaler und rechtspopulistischer Mobilisierung auf Migrationsgesetzgebung.



Interview mit Axel Troost, Vorstandssprecher des ISM

Arbeitskämpfe und Arbeitswelten im sozial-ökologischen Wandel

Axel Troost ist als Volkswirt seit 1981 Geschäftsführer der parteiübergreifenden „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandumgruppe). 2004 über die WASG zur Parteipolitik gekommen, war er von 2005 bis 2017 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und ist seit 2012 stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN.

Bei der ISM-Konferenz „Die Politik der Vielen“ ging es auch darum, über die Chancen eines sozial-ökologischen Wandels für die Arbeitswelt zu diskutieren. An welchem Punkt stehen wir da?

Im Rahmen der Konferenz ging es unter anderem darum, den rasanten Wandel der heutigen Arbeitswelt zu diskutieren. In unserem Workshop zu dem Thema haben wir Silvia Habekost für den Bereich öffentlicher Dienst/Dienstleistungen und Nicole Mayer-Ahuja, die dazu forscht, sowie Uwe Meinhard von der IG Metall, der über den Bereich der Automobilindustrie gesprochen hat.

In beiden Bereichen stehen wir vor deutlichen Herausforderungen in der Arbeitswelt. Ich fange einmal mit den großen Umbrüchen an. Im verarbeitenden Gewerbe und speziell in der Automobilindustrie gibt es im Wesentlichen drei Treiber von Transformationen. Nummer eins ist die Notwendigkeit einer ökologischen Wende, die viele Prozesse nach sich zieht – nämlich des Ausstiegs und des Umstiegs. Zweitens spielt die Globalisierung eine wichtige Rolle, sowohl was die Vielfältigkeit der Zulieferungsketten angeht als auch die Tatsache, dass manche Länder – nicht nur die USA – nicht mehr bereit sind, endlos Produkte aus der Bundesrepublik Deutschland abzunehmen. Der dritte an Bedeutung zunehmende Trend liegt in der Digitalisierung. Das betrifft sowohl den Produktionsprozess, Stichwort Arbeit 4.0, als auch das Environment des Produktes – wie beim Mobiltelefon. Die Hardware ist daran nicht mehr nur das alleinige entscheidende Element der

Wertschöpfung. Für alle Bereiche gilt, dass die Vielfalt der Arbeitnehmer*innen selbst zunimmt. Das meint die älter werdenden Belegschaften, zunehmende Individualisierung, unterschiedliche Bedürfnisse entlang unterschiedlicher Lebenslagen etwa in Bezug auf Arbeitszeiten. Darauf muss in Tarifverträgen Rücksicht genommen werden.

Ein prominentes Beispiel für einen Umbruchprozess ist der Ausstieg aus der Braunkohle in der Lausitz, zu dem es auch eine Studie aus 2019 gibt, bei der ich mitgewirkt habe. Hier stehen große Umbruchprozesse in den nächsten 18 Jahren an. Bis dahin soll die Braunkohleförderung und -verstromung eingestellt werden. Dort muss sehr genau geschaut werden, wie man Ersatzwertschöpfung und Ersatzarbeitsplätze in der Region aktiviert.

*Wir brauchen einen deutlichen Ausbau von Mitbestimmung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten und Betriebsrät*innen.*

Wie sieht es mit der Automobilindustrie aus?

Die Automobilindustrie steht vor den vielleicht größten und rasantesten Umbruchprozessen seit der Nachkriegszeit. Denn es ist klar, dass ein Ausstieg aus der Verbrennungsmotortechnologie unausweichlich ist. Dies wird zehntausende von Arbeitsplätzen kosten. Die Frage ist, welche konkreten Alternativen entwickelt werden, sowohl produktionstechnisch als auch gesellschaftlich. Die IG Metall versucht als Interessenvertretung der Beschäftigten, die Elektromobilität in Deutschland zu erhalten, um so die Wertschöpfung vor Ort zu halten und die Transformation der Automobilindustrie voranzutreiben, damit diese nicht untergeht. Doch selbst das würde tausende Arbeitsplät-

ze kosten. Und natürlich ist es eine große Herausforderung, diese neue Industrie auch aufzubauen. In unserer Diskussion ist aber auch deutlich geworden, dass die Mobilitätswende von vielen Teilnehmer*innen – aus meiner Sicht zu Recht – so gesehen wird, dass wir insgesamt einen Umbau brauchen weg von der Individualmobilität hin zu kollektiven Formen, insbesondere zu Bus und Bahn für längere Entfernungen und zu Fuß und Fahrrad für kürzere Entfernungen. Jedoch bedarf es als Zwischenschritt eine Entlastung des Individualverkehrs in Form von intelligenten Share-Lösungen.

Was heißt das für die Beschäftigten?

Wir brauchen einen deutlichen Ausbau von Mitbestimmung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten und Betriebsrät*innen unten im Betrieb und natürlich auch im Konzern, was die Arbeitsplatzentwicklung insgesamt angeht. Wir brauchen möglicherweise neue Auffangformen, also so etwas wie eine Transformationskurzarbeit und entsprechendes Kurzarbeitsgeld, das Beschäftigten die Möglichkeit gibt, sich auch im Betrieb selbst auf neue Möglichkeiten zu qualifizieren. Dafür müssen Extra-Fonds geschaffen werden, die von Unternehmen und mit staatlichen Geldern gefüttert werden, also von der Bundesagentur für Arbeit, um diesen Prozess insgesamt positiv zu gestalten. Dazu ein etwas lästerlicher Hinweis: Die 12.000 entlassenen Schlecker-Mitarbeiter*innen hätten sich sicherlich auch gewünscht, dass gleichermaßen über ihren Auffang vor der Arbeitslosigkeit diskutiert worden wäre.

Wie schätzt du diese Arbeitsplatzdiskussion in den Gewerkschaften ein?

Es gibt keinen Masterplan bisher, und den wird es auch nicht geben, weil die einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich reagieren. Aber klar ist natürlich, dass unter profitwirtschaftlichen Prinzipien so viele Automobile wie möglich produziert werden sollen. Die IG Metall versucht an den guten Facharbeiter*innen-Arbeitsplätzen zu retten, was zu retten ist. Verständlich, denn da wurden jahrzehntelang gute Tarifverträge für die Beschäftigten erkämpft. Deshalb wird versucht, über die Sozialpartnerschaft so viel wie möglich von der Wertschöpfungskette des Elektroautos in die Unternehmen hereinzuholen. Ob das eine nachhaltige Arbeitsplatzstrategie ist, wird sich an der

Frage zeigen, ob das Auto als Statussymbol und Individualverkehrsmittel überdauern wird.

Wie dieser Umgestaltungsprozess konkret vonstatten geht, ist noch offen. Es ist aber bereits klar, dass Gesellschaft, Gewerkschaften und Politik die Aufgabe haben, den Beschäftigten Zukunftsperspektiven zu bieten. Denn die Gefahr, dass gerade in diesem Bereich rechte Parolen im Sinne von „Das ist doch alles nur aufgesetzt, lasst uns beim Verbrennungsmotor bleiben, dann ist alles geritzt!“ in den Belegschaften Fuß zu fassen drohen. Deshalb ist es schon wichtig, dass wir hier Alternativen aufzeigen und dafür sorgen, dass möglichst keiner auf der Strecke bleibt.

Wie steht das im Zusammenhang zum Dienstleistungsbereich und öffentlichen Sektor?

Manche Menschen haben das Gefühl, in Deutschland geht die Arbeit aus und wir müssen jetzt nur noch auf Arbeitszeitverkürzung und möglicherweise auch auf ein Grundeinkommen setzen, um dem entgegenzutreten. Dem steht aber die Perspektive im öffentlichen Dienst und gemeinwohlorientierten Tätigkeiten in diesem Bereich entgegen. Hier gibt es riesige gesellschaftliche Bedarfe an zusätzlichen Vollzeit-arbeitsplätzen. Schätzungen zeigen, dass es mindestens eine Million zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten gibt im Bereich Bildung – von der Kita über die Schule, über die Universität bis zum Weiterbildungsbereich. Für die Pflege gilt das bekanntermaßen sowieso. Das ist aber auch der

Als Wissenschaftler arbeite ich seit drei Jahrzehnten an theoretischen Alternativen für gute Arbeit, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, internationalen Ausgleich und Geschlechtergerechtigkeit. Es wird Zeit, mit dem ISM dazu beizutragen, sie gemeinsam zu diskutieren und umsetzbar zu machen.

Fall in vielen anderen Bereichen wie der öffentlichen Verwaltung – etwa in den Planungsabteilungen der Ämter auf der kommunalen Ebene, die völlig ausgedünnt sind. Dort herrscht vielerorts die Situation, dass Bauanträge nicht richtig bearbeitet werden und auch öffentliche Vorhaben nicht richtig durchgeplant werden können. Hier gibt es einen riesigen zusätzlichen Bedarf, der im Augenblick überhaupt nicht gedeckt werden kann. Dabei stellt sich die Frage, wie die Parole „Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit“ Realität werden kann. Wir haben in Deutschland die Situation, dass das Lohnniveau zwischen verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungsgewerbe, also haushaltsorientierten Dienstleistungen, so groß ist wie in fast keinem anderen Land der Welt. Und das legt den jungen Menschen natürlich erst einmal nahe zu versuchen, im verarbeitenden Gewerbe unterzukommen. Genau deswegen muss der öffentliche Bereich aufgewertet werden, sowohl von den Arbeitsbedingungen als auch von der Entlohnung her.

Hat der Pflegestreik diese Diskussion vorangebracht?

Der Pflegestreik war durchaus sehr erfolgreich. Teile der Beschäftigten im Pflegesektor sind so aktiv geworden, dass es Auswirkungen in der Politik gezeitigt hat. Zuvor waren ja auch die Erzieher*innen in eine erbitterte Tarifaueinandersetzung gegangen, nicht allein um ein bisschen mehr Lohn zu bekommen, sondern um ihre Tätigkeit *insgesamt* aufzuwerten. Leider mit nicht dem großen Erfolg, den ich mir gewünscht hätte.

In diesen Bereichen muss es zu einer noch viel besseren gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten kommen, damit eine entsprechende Aufwertung stattfindet. Wenn wir bei den erzieherischen Berufen, im Pflegesektor und in vielen anderen gemeinwohlorientierten Dienstleistungen eine deutlich bessere Personalausstattung erreichen, wird das insgesamt eine Ausstrahlung auf die gesamte Gesellschaft ha-

ben. Denn dies bedeutet mehr Sicherheit, bessere Bildung und Durchsetzung von Bildungschancen auch für Kinder aus bildungsfernen Familien. Hier haben nicht nur die skandinavischen Länder, sondern auch viele andere westeuropäische Länder bereits eine viel bessere Ausstattung als die Bundesrepublik.

Wenn wir bei den erzieherischen Berufen, im Pflegesektor und in vielen anderen gemeinwohlorientierten Dienstleistungen eine deutlich bessere Personalausstattung erreichen, wird das insgesamt eine Ausstrahlung auf die gesamte Gesellschaft haben.

Wo liegt der Knackpunkt für ein Gelingen dieser schwierigen Transformationsprozesse?

Bei allen angesprochenen Fragen wird es sehr deutlich, dass Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Regionalpolitik eine viel größere Rolle spielen müssen, als das bisher der Fall war. Die Transformationsprozesse in der Arbeitswelt lassen sich rein marktwirtschaftlich keineswegs lösen. Hier brauchen wir einen Staat, der eingreift, Einfluss nimmt, der aber auch Finanzkraft haben muss. Von daher spielt der Kampf gegen die Schwarze Null und gegen die Schuldenbremse, für ein gerechteres Steuersystem mit mehr Einnahmen eine entscheidende Rolle.

chen wir einen Staat, der eingreift, Einfluss nimmt, der aber auch Finanzkraft haben muss. Von daher spielt der Kampf gegen die Schwarze Null und gegen die Schuldenbremse, für ein gerechteres Steuersystem mit mehr Einnahmen eine entscheidende Rolle.

Lesetipps

Cornelia Heintze, Rainald Ötsch, Axel Troost: Die Beschäftigungslücke in der sozialen Infrastruktur. Ungedeckte Bedarfe für eine gute Versorgung mit öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungen in Deutschland. In: RLS-Studien 2/2020.

Zum Download: <https://www.rosalux.de/publikation/id/41667/die-beschaefigungs-luecke-in-der-sozialen-infrastruktur/>

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, MEMORANDUM 2020: „Gegen Markt- und Politikversagen – aktiv in eine soziale und ökolo-

gische Zukunft“, Kapitel 1: Nachhaltige Mobilität: Verkehrswende aktiv gestalten. Köln 2020.

Kurzfassung, Inhaltsverzeichnis, Kapitelzusammenfassung und Grafiken zum Download: <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/article/10656344.memorandum-20.html>

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. In: RLS-Studien 4/2019.

Zum Download: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nach_der_Kohle.pdf



Interview mit Tadzio Müller

„Das ist schon eine klimagewandelte Welt“ – Fit for future or not?

Tadzio Müller ist Referent für Klimagerechtigkeit und internationale Politik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wo sein Hauptaugenmerk auf politischer Kommunikation und internationalistischer Bildung liegt. Seit vielen Jahren ist er als Aktivist in der Klimabewegung unterwegs, u. a. bei Ende Gelände.

Hat die Klimakrise eine Zeit des Umbruchs bewirkt?

Ja, denn es gibt in der Klimapolitik und darüber hinaus eine Zeitenwende, die von solchen Figuren wie Greta Thunberg markiert wird. Es gibt ein *Davor* und ein *Danach*. Denn wir können es heute ganz deutlich sehen: Die Normalität ist fundamental kaputt. Das sieht man am Zerbrechen der politischen Parteien und politischen Systeme von Großbritannien bis Italien, Österreich, Spanien und so weiter. In dieser Situation kann man nicht einfach nur *business as usual* durchziehen, sondern muss Diskurse, Strategien und Praxen grundsätzlich ändern.

In unserem Workshop *Ökologie als soziale Frage? Lebensweisen, Klimagerechtigkeit und Fridays for Future* bei der ISM-Konferenz haben wir verschiedene Bewegungsdynamiken zusammengebracht und über eine sozial-ökologische Wende gesprochen. Ich bin schon

seit über zwölf Jahren dabei und habe mir vorgestellt, wie wir noch vor ein paar Jahren mit ein paar wenigen Leuten vom Berliner Energietisch und zwei kleinen Klima-Camps zusammengesessen hätten. Jetzt sieht es ganz anders aus: Bei uns kamen mehrere machtvolle Bewegungen zusammen, von Ende Gelände über die neuen Verkehrswende-Bewegungen zu Extinction Rebellion, Fridays for Future und anderen mehr. Man merkt einfach: Es ist total viel in Bewegung gekommen.

Woran liegt es, dass so viel passiert ist?

Ich sehe, vereinfacht gesagt, zwei Dynamiken. Die eine ist offensichtlich: Das Wetter verändert sich. Die Alltagswahrnehmung der Menschen verändert sich. Plötzlich ist es normal, dass Hitzeperioden im Berliner April stattfinden und im Sommer tropische Regenfälle auf die irre Hitze folgen. Letzten Sommer brannten

schon im Frühjahr in Nordeuropa die Wälder. Das ist neu. Der Winter wird kürzer. Die Sommer werden heißer. Der Regen wird anders. Die Luft riecht anders, wenn es geregnet hat. Das zeigt den Leuten im Alltag: „Shit, das ist Klimawandel.“ Es ist total banal und genau deswegen leuchtet es allen ein, dass sich diese Problematik eben nicht wie früher angenommen irgendwann einmal bei irgendjemand anderem auswirken wird, sondern hier und jetzt bei uns stattfindet. Das ist schon eine klimagewandelte Welt.

Die zweite Dynamik besteht darin, dass das politische System in Deutschland mit der Kohlekommission gezeigt hat: Klimaschutz können wir nicht. Dass eines reichsten Länder der Welt den Ausstieg aus einem der dreckigsten fossilen Brennstoffe auf das Jahr 2038 verschiebt, ist ein klimapolitischer Offenbarungseid. Das hat dazu geführt, dass Menschen aus Frustration darüber, dass nichts passiert, massenweise auf die Straße zogen. Das zeigen die Abertausenden von Menschen, die bei Fridays for Future, bei Extinction Rebellion, bei Ende Gelände auf die Straße oder zu den Braunkohleletagebauten im Rheinland oder in der Lausitz gegangen sind.

Du hast gerade auch schon den Zusammenhang von institutionalisierter Politik und Bewegung angesprochen. Was muss passieren, damit diese starke Dynamik der Bewegungen sich in politisch institutionalisierte Praxis übersetzt?

Wir befinden uns tief in einer organischen Krise und das heißt auch, dass die politischen Akteure aus der alten Phase einfach nicht mehr fit for future sind. Was da passieren muss? Es braucht, würde ich mal sagen, noch ein paar krachende Wahlniederlagen für die Sozialdemokratie und die LINKE. Und die Grünen werden in ein, zwei Regierungen hereinkommen und dann zeigen, dass sie im Endeffekt doch eine bürgerliche grüne Wachstumspartei sind. Erst dann wird es richtig schallern. Im Grunde sind wir in Deutschland noch überhaupt nicht so weit wie in anderen Ländern, wo die alten Parteiensysteme viel stärker erodiert und viel neuer aufgestellt sind. Wir laufen im Parteiensystem immer noch mit dem Personal, mit den Diskursen und den Strategien von ante Greta, ante Rezo, von vor der Zeitenwende herum. Die LINKE zum Beispiel: Die LINKE hat sich immer noch nicht entschieden, ob sie eine Arbeitsplatz-Partei oder eine Klimagerechtigkeits-Partei ist. Sie muss sich halt entscheiden. Das ist der Punkt an der neuen Zeit: Es

muss sich entschieden werden. Und die Bewegungen zeigen da den Weg, ob in der Wohnungsfrage, in der Migrationsfrage, in der Klimafrage. Was also passieren muss: Die Parteien müssen endlich mal peilen, wo gerade die Musik spielt. Die spielt bei den Bewegungen. Und die Parteien, die sich dem anpassen, die können noch gewinnen. Die Parteien, die in der alten Zeit bleiben, werden pulverisiert.

Der Begriff der sozial-ökologischen Wende ist seit seiner Gründung ein Kernbegriff des ISM. Kannst du noch einmal kurz skizzieren, was daran so wichtig ist, das Soziale und das Ökologische zusammenzudenken?

Ich finde dieses Format, dass wir hier sechs oder sieben Stunden mit einer total hochkalibrigen Gruppe zusammen diskutieren, total vorwärtsweisend. Diese normalen Konferenzen, wo man in eineinhalb Stunden diskutiert, sich kaum kennenlernt und dann wieder auseinandergeht, bringen in dieser Situation immer wieder, wo es darum geht, dass sich progressive Kräfte auf diese neue Zeit einstellen.

Die Trennung zwischen „sozialen“ und „ökologischen“ Kämpfen als Folge von Urbanisierung kennen wir zwar überall im globalen Norden, in Deutschland ist sie aber besonders ausgeprägt. Das hat etwas mit der Geschichte zu tun. Die frühen Umweltbewegungen in Deutschland sind in den Grünen aufgegangen und wurden mittelfristig heim ins Bürgertum geholt. Aber es war schon immer so, dass das, was wir als Umweltprobleme bezeichnen – schlechte Luft, dreckige Fabriken, verseuchte Flüsse und so weiter – von reichen Leuten verursacht und von armen Leuten ausgebadet wird.

Umweltprobleme sind immer soziale Probleme, sie haben immer mit Macht zu tun, sie haben mit Reichtum, mit Eigentum und mit Verteilung zu tun. Und mit Ungerechtigkeit. Ich mag tatsächlich den Begriff Umweltgerechtigkeit oder Klimagerechtigkeit lieber, weil da gezeigt wird: Diese Fragen sind nicht trennbar. Der Klimawandel ist ein Phänomen, das von den Reichen auf der Welt verursacht wird und den Armen auf der Welt bezahlt wird. Oder anders formuliert: Die, die am meisten dazu beigetragen haben, leiden am wenigsten darunter und umgekehrt. Das heißt, eine Klimawende in Deutschland ist untrennbar von einer globalen Gerechtigkeitswende. Der Begriff *sozial-ökologisch* ist, denke ich, hier in Deutschland wichtig, denn er ist etwas stärker verbreitet als jener der Klimagerechtigkeit. Viele deutsche Linke erlauben sich immer noch den Luxus zu sagen, Umweltprobleme seien irgendwelche eisbärfluffigen Öko-Luxus-Probleme. Wenn Leute an unserer Produktions- und Lebensweise anderswo auf der Welt verrecken, die meistens auch noch People of Color, viel ärmer und oftmals Frauen sind, wie ist das denn kein linkes Problem? Wie ist das denn kein soziales Problem? Und deswegen ist der Begriff *sozial-ökologisch* wichtig.



„Nicht eine weniger“

Die große feministische Streikwelle gegen il/liberale Politiken

Isabell Lorey

Die Opposition liberal-illiberal ist grundlegend für das Beharrungsvermögen liberaler und neoliberaler Diskurse. Wird Illiberalität als die Negation liberal-demokratischer Errungenschaften verstanden, muss in diesem Szenario des Entweder/Oder alternativlos um die Erhaltung der liberalen Form von Demokratie mitsamt ihren Repräsentations- und Ausschlusslogiken gefochten werden, sonst – so das Schreckgespenst – droht Faschismus. Die Wendungen zu Autoritarismus und Freiheitseinschränkungen sowie die konstitutiven Ausschlüsse in nicht-illiberalen Demokratien werden in solch dichotomen Szenarien akzeptierbar gemacht. Es könnte ja noch schlimmer kommen. In den Verteidigungsreden liberaler Demokratie sind dementsprechend häufig Argumente zu vernehmen, Ausschlüsse und Diskriminierungen von Frauen*, Queers und Transpersonen sollten in Zeiten des bedrohten Liberalismus keine primäre Rolle spielen. Denn es handle sich um Anerkennungskämpfe, die – so das

links-liberale Argument – Zeichen einer lebendigen liberalen Demokratie und gerade nicht Zeichen ihrer Krise sind. Dieses Bändigen queer-feministischer Kämpfe innerhalb des liberalen Anerkennungsparadigmas zeigt, wie sehr die maskulinistische liberale Demokratie verunsichert ist. Forderungen nach offenen Grenzen werden angesichts des zunehmenden Nationalismus bis in linke Kreise hinein als Migrationsromantik von Kosmopolit*innen diffamiert, die zu einer politischen und ökonomischen Analyse nicht in der Lage seien. Die liberale Demokratie grenzt sich erneut ab und ein und nähert sich mit dem Argument des Schutzes und der Freiheit für einige wenige den Politiken der sich selbst als illiberal bezeichnenden Demokratien weiter an.¹

1 Vgl. Hans-Jürgen Urban: Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2018, S. 101-112.

Wer ist das Volk?

Es ist der bürgerlich-liberalen Form von Demokratie inhärent, dass Freiheit an Bürger*innenstatus, Klasse, Geschlecht, Sexualität und Herkunft gebunden ist. Für die Ausweitung demokratischer Rechte muss mit einem in die Zukunft gerichteten Versprechen gleichberechtigter, anerkannter Inklusion gekämpft werden. Die Ausgangslage dieser Kämpfe sind hierarchisierte Rechte und Exklusion in der Gegenwart.

Ein Blick in die westlich-moderne politische Theorie macht deutlich, dass die liberalistische Idee eines *demos* nicht nur deshalb eine maskulinistische ist, weil lange Zeit nur besitzende Männer zählten, wenn es um identitäre Fragen ging wie „Wer ist das Volk?“. Maskulinistisch identitär wird auch noch immer die Frage beantwortet „Wie ist das Volk?“. Der ideale männliche Staatsbürger ist autonom, unabhängig von Anderen und damit von Reproduktion und Sorge, um sich als freies und souveränes Subjekt den eigenen Gesetzen zu unterwerfen. Dieses Paradigma der Subjektivierung ist im Neoliberalismus nicht mehr vornehmlich geschlechtsspezifisch konnotiert. Doch bis heute basiert es auf der Abwertung und Feminisierung von Sorgebeziehungen. Sie werden in umgebauten Sozialstaaten ökonomisch privatisiert und erneut im gesellschaftlich Privaten, meist in familiären Strukturen, eingehegt.

Die heteronormative patriarchale Kleinfamilie, mitsamt der Konstruktion zweier eindeutiger Geschlechternormen, ist historisch die Basis für die Idee des *demos*, dem als politische Kategorie nur jene angehörten, denen zugestanden wurde, mittels Repräsentation politisch agieren zu können. Niemals gehörten alle, die auf einem national eingegrenzten Gebiet lebten, zum „Volk“, nie wurden alle repräsentiert. Auch links-liberale Konzeptionen eines stets gespaltenen Volkes, wie jene von Chantal Mouffe, kommen nicht ohne Repräsentation, nicht ohne die Konstruktion von Identität und ebenso wenig ohne die einer nationalen Rahmung aus.²

Illiberales Regieren

Die Krise liberaler repräsentativer Demokratie geht im Neoliberalismus einher mit einer massiven Krise hegemonialer Männlichkeit. Das patriarchale Fami-

liernährermodell erodiert, Geschlechterperformances und Lebensweisen sind zumindest in urbanen Räumen pluralisiert, und die Pluralität ist normalisiert. Nicht-heterosexuelle Lebensweisen sind kaum mehr bedrohlich für neoliberale kapitalistische Verhältnisse – im Gegenteil: Sie wurden aktiv in Wert gesetzt.

Von rechts-liberaler, rechtspopulistischer und rechtsextremer Seite wird dieser Pluralisierung mit massivem Antigenderismus, mit Trans- und Homophobie begegnet, um in der Allianz mit Lebensschützer*innen einen reaktionären weißen, heteronormativen Maskulinismus zu reformulieren. Die Regierungsweise, die aus Ungarn dafür angeboten wird, ist „Illiberalität“.

Illiberales Regieren ist nicht einfach symmetrisch das Andere der liberalen Demokratie, es wendet diese vielmehr ins Extrem: Das „Volk“ wird in reaktionärer, rassistischer und sexistischer Weise als einheimisch und weiß definiert, die konstitutiven Ausschlüsse werden aktiv verteidigt und verengt. Eine illiberale Grenzpolitik lehnt sowohl eine in die Zukunft gerichtete Demokratisierung als auch die Inklusion von Nicht-Homogenisierbaren* ab. Illiberalität basiert auf einer reaktionären Heteronormativität, die die liberale Form von Demokratie vielerorts längst nicht mehr nötig hat.

Die Krise liberaler repräsentativer Demokratie geht im Neoliberalismus einher mit einer massiven Krise hegemonialer Männlichkeit. Das patriarchale Familiernährermodell erodiert, Geschlechterperformances und Lebensweisen sind zumindest in urbanen Räumen pluralisiert, und die Pluralität ist normalisiert.

Antifeministische Allianzen

Es ist ein Markenzeichen radikaler rechter Parteien und Regierungen, Abtreibung illegalisieren und Abtreibungsrechte einschränken zu wollen, und auch sonst eine strikt antifeministische Agenda zu verfolgen. Es geht nicht einfach nur um eine weiße einheimische „Volks“-Politik, sondern immer auch um den Aufbau einer internationalen Allianz mit Lebensschützer*innen und christlichen Gruppen. Mit der auch aus dem Vatikan kommenden diffamierenden Begrifflichkeit der „Gender-Ideologie“ gelingen nicht zuletzt im deutschsprachigen Raum diskursive Allianzen bis ins bürgerliche liberale Lager hinein, gut zu erkennen an der Empörung über „political correctness“.

In Europa zeigen sich diese rechten Allianzen in extremer Weise gerade in der italienischen, traditionell sehr katholisch-konservativen Stadt Verona, die von einer Koalition von Lega Nord und der 5-Sterne-Partei regiert wird und sich seit Oktober 2018 als „Stadt für das Leben“ bezeichnet. Abtreibungsgegner*innen werden nun mit öffentlichen Mitteln unterstützt.

² Zuletzt Chantal Mouffe: *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018.

Einige rechts-regierte Städte, darunter Rom und Mailand, versuchen, diese Stadtpolitik zu kopieren. In vielen Regionen Italiens weigern sich Ärzt*innen bereits, Abtreibungen vorzunehmen.

Ende März 2019 fand in Verona der jährliche „World Congress of Families“ statt, der eine heteronormative Familie mit vielen Kindern als Ideal proklamiert und das weltweit wichtigste Zusammenkommen für religiöse Rechte und Abtreibungsgegner*innen ist. Seit einigen Jahren werden offensiv Kontakte zu rechten Regierungen in Europa ausgebaut. Im Mai 2017 tagte der Kongress erstmals in Europa, in Budapest, Viktor Orbán hielt die Eröffnungsrede. Die entscheidenden Schnittstellen zwischen Religiösen und – bis hin zu außerparlamentarischen extremen – Rechten sind Positionen gegen vor allem muslimische Migration sowie für die Beschneidung von Abtreibungs- und LGBTI-Rechten.³

Ni Una Menos

In Polen stellte sich 2016 die nationalkonservative PiS-Regierung hinter den Antrag einer ultra-konservativen Bürger*inneninitiative auf weitere Verschärfung des ohnehin schon strengsten europäischen Abtreibungsparagrafen. Als Antwort streikten am 3. Oktober 2016 die Frauen* zu Hunderttausenden schwarz gekleidet im ganzen Land. Auch in kleinen Ortschaften gingen sie am „Schwarzen Montag“ auf die Straße und protestierten, bis der Verschärfungsantrag drei Tage später vom Parlament abgelehnt wurde.

Von dem Erfolg der polnischen Frauen* bestärkt, riefen die Frauen* in Argentinien keine zwei Wochen später erneut zum feministischen Massenstreik gegen die zunehmenden Frauen*morde, die Femizide, auf und skandierten: „#NiUnaMenos“ (Nicht eine weniger). Die von (ihren) Männern angegriffenen und getöteten Frauen* waren aus ihren Rollen in einer patriarchalen heteronormativen Ordnung ausgebrochen, was sie das Leben kostete. Nicht nur in der argentinischen, auch in der deutschsprachigen Presse werden Femizide verharmlost, im Privaten verortet und als „Beziehungstaten“ oder „Familientragödien“ bezeichnet. Tödliche Gewalt gegen Trans*Frauen erscheint in keiner polizeilichen Statistik. All diese Femizide sind politische Morde und keine Verbrechen im Privaten.⁴

3 Vgl. Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde und Ambros Waibel: *Die unheilige Allianz*, Dossier der *taz* vom 30. November 2018.

4 Das Ausmaß von Femiziden ist in Deutschland viel hö-

Und die Welle des Protests wird immer größer, endlich auch in Deutschland und Österreich. Es ist eine weltweite Welle feministischer Streikbewegungen nicht allein gegen Gewalt an Frauen*. Diese Gewalt wird in polit-ökonomische Zusammenhänge gestellt, es wird gegen neoliberale Ausbeutung und gegen Extraktivismus gestreikt sowie gegen Autoritarismus und antifeministische Politiken. Es ist eine Welle, die Rekorde bricht, wie am 8. März 2018, als allein in Spanien in 300 Städten und Gemeinden sechs Millionen Menschen am Frauenstreik teilnahmen – der bislang größte Streik in Europa. Weltweit gab es feministische Massenstreiks in über 50 Ländern.⁵ In Italien hat sich die immer stärker werdende Bewegung unter dem Slogan „Non Una Di Meno“ ausgebreitet, und ist überall dort aktiv, wo die Rechte von Frauen* eingeschränkt werden.⁶ Am 25. November 2019 ging

die politische Performance „El violador eres tú“ (Der Vergewaltiger bist du) des feministischen Kollektivs Las Tesis aus Chile in einer rasanten Geschwindigkeit viral und zeugt von der anhaltenden gesellschaftspolitischen und globalen Reichweite feministischer Bewegungen.

Der feministische Streik

Der feministische Streik ist ein politischer Streik. Wenn Frauen* überall dort streiken, wo sie arbeiten und tätig sind, geht das Instru-

ment des Streiks weit über das klassische Verständnis von Streik hinaus. Mit dem feministischen Streik wird vielerorts abgelehnt, ein traditionelles gewerkschaftliches Subjekt zu konstituieren. Es schließt die in keiner Gewerkschaft organisierten Arbeiter*innen der informellen Ökonomie ebenso ein wie die Sorgearbeiter*innen in den Ökonomien der privaten Haushalte und verweist auf die darin eingeschriebenen Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse.

her als in Spanien oder Italien, ohne dass es bisher zu vergleichbaren Skandalisierungen gekommen ist. Zu Femiziden im europäischen Vergleich siehe <https://www.europeandatajournalism.eu/ger/Nachrichten/Daten-Nachrichten/Frauenmord-in-Europa-Ein-Vergleich-zwischen-unterschiedlichen-Laendern>.

5 Vgl. Verónica Gago, Raquel Gutiérrez Aguilar, Susana Draper, Mariana Menéndez Díaz, Marina Montanelli, Marie Bardet und Suely Rolnik: *8M – Der große feministische Streik. Konstellationen des 8. März*, Vorwort von Isabell Lorey, Wien u.a.: transversal texts 2018; siehe auch den Schwerpunkt der multilingualen Plattform *transversal* zu den aktuellen feministischen Kämpfen (transversal.at).

6 Vgl. Non Una di Meno: *Abbiamo un Piano. Piano femminista contro la violenza maschile sulle donne e la violenza de genere*, 2017, https://nonunadimeno.files.wordpress.com/2017/11/abbiamo_un_piano.pdf.

Der Streik der vielen Frauen* zielt auf mehr als einfach nur Lohnarbeit. Er braucht kein vereintes Subjekt, das geschlossen streikt. Er geht stattdessen von nicht-identitären Verbundenheiten und Affizierungen aus. „Tocan a una, tocan a todas“ („Rühren sie eine an, rühren sie alle an“), sagen sie in Argentinien. An die Seite der Trauer tritt die Demonstration einer enormen gemeinsamen Kraft auf den Straßen, die Kraft des transnationalen feministischen Massenstreiks: neue feministische Bündnisse, heterogene Konfluenzen, ein mannigfaltiger Feminismus der Multituden. Vielfalt führt hier entgegen der Ideologie der traditionell national organisierten (gewerkschaftlichen) Arbeitskämpfe nicht zur Schwäche der Bewegungen, sondern zu ihrer Stärkung und transnationalen Ausdehnung.

Die feministischen Streikbewegungen beziehen sich auf die repräsentationskritischen Besetzungs- und Demokratiebewegungen der 2010er Jahre, auf deren transversale Praxen der Organisierung und Entscheidungsfindung. Aktuell mobilisieren spanische Feminist*innen erneut mit dem Hinweis darauf, dass die Streikwelle ein Echo der 15M-Bewegung ist, die sich in der feministischen Bewegung aktualisiert.⁷ Und auch der Aufruf „Women of America: we're going to strike“, der Anfang Februar 2017 veröffentlicht wurde, mobilisierte für einen großen Streik des „feminism for the 99%“.⁸ Dieser Slogan bezog sich nicht nur auf die US-amerikanischen Occupy-Bewegungen der Jahre 2011 und 2012. Er wollte auch darauf aufmerksam machen, dass der Angriff auf Frauen* und alle Arbeitenden mit der Herausbildung von Neoliberalismus, Finanzialisierung und unternehmensorientierter Globalisierung in extremer Weise zugenommen hatte, vor allem für Women* of Color, arbeitslose und migrantische Frauen*. Die neue internationale feministische Bewegung sollte deshalb „anti-rassistisch,

7 Nuria Alabao, Marisa Pérez Colina: ¿Quién quiere romper el movimiento feminista? vom 6. Februar 2019, <https://ctxt.es/es/20190206/Firmas/24296/Nuria-Alabao-Maria-Perez-Colina-conflicto-movimiento-feminista-abolicionistas-PSOE.htm>.

8 Vgl. den Aufruf „Women of America: we're going on strike. Join us so Trump will see our power“ von Linda Martín Alcoff, Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser, Barbara Ransby, Keeanga-Yamahtta Taylor, Rasmea Yousef Odeh und Angela Davis (<https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/feb/06/women-strike-trump-resistance-power>).

anti-imperialistisch, anti-heterosexistisch und anti-neoliberal“ auf einmal sein.

Der über ein gewerkschaftliches Streikverständnis hinausgehende feministische Streikbegriff hat vor allem zwei zentrale Referenzen: Er bezieht sich zum einen auf Rosa Luxemburgs besondere Streiktheorie am Beginn des 20. Jahrhunderts, in der der Massenstreik als eine revolutionäre Kraft vorgestellt wird, die ihre Richtung und die Bewegung ändert, aber nicht aufhört, sondern immer wieder ansetzt, dauerhaft von Neuem beginnt.⁹

Zum anderen sind vor allem in Lateinamerika und Spanien die Bezüge auf das Madrider aktivistisch-theoretische Kollektiv *Precarias a la*

An die Seite der Trauer tritt die Demonstration einer enormen gemeinsamen Kraft auf den Straßen, die Kraft des transnationalen feministischen Massenstreiks: neue feministische Bündnisse, heterogene Konfluenzen, ein mannigfaltiger Feminismus der Multituden. Vielfalt führt hier entgegen der Ideologie der traditionell national organisierten (gewerkschaftlichen) Arbeitskämpfe nicht zur Schwäche der Bewegungen, sondern zu ihrer Stärkung und transnationalen Ausdehnung.

deriva stark, das 2002/2003 zu einem antikapitalistischen Sorgestreik aufgerufen hat – einer neuen Form des politischen Streiks, der sich „auf all jene Praxen bezieht, die den uneingeschränkt politischen Charakter der Sorge freilegen, [...] die Nachhaltigkeit des gemeinsamen Lebens ins Zentrum rücken, die kapitalistische Akkumulationslogik in ihrem Kern herausfordern“.¹⁰

Die aktuelle feministische Welle setzte sich darüber hinaus aus vielen Konfluenzen zusammen, die auf Praxen und Organierungen der 1990er und 2000er Jahre zurückgehen, unter anderem die ersten Kampagnen für einen weltweiten Frauen*streik.

Wo es wie in Spanien seit vielen Jahren eine Demokratiebewe-

gung gibt, schließt diese Welle an, um der liberalen Form von Demokratie von Neuem über Grenzen und Begrenzungen hinweg andere demokratische Praxen entgegenzusetzen.¹¹

Von der Gewalt gegen Frauen* als Ausdruck struktureller Gewalt auszugehen, von der strukturellen Abwertung von Sorge und Reproduktion, von öko-

9 Vgl. Rosa Luxemburg: „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ [1906], in: Dies.: *Politische Schriften*, Frankfurt a.M.: Athenäum 1986, S.135-228.

10 *Precarias a la deriva: Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, Wien u.a.: transversal texts 2014, S. 109. In Deutschland stellt der erweiterte Streikbegriff des Frauenstreiks von 1994 einen weiteren Bezug dar (vgl. Gisela Notz: „Wir wollen Brot und Rosen“, in: *Ada Magazin*, 23. September 2018, <https://adamag.de/frauenstreik-1994-wir-wollten-brot-und-rosen>).

11 Diese Praxen habe ich als „präsentische Demokratie“ bezeichnet (vgl. Isabell Lorey: Präsentische Demokratie. Eine Neukonzeption der Gegenwart, in: Quinn Latimer, Adam Szyczyk (Eds.): *documenta 14 – Reader*, München: Prestel 2017, S. 169-202.

nomischen und sozio-politischen Herrschaftsverhältnissen der Diskriminierung, Ausgrenzung und Abschiebung, bedeutet, die aktuellen feministischen Kämpfe, die Bündnisse so vieler Bewegungen und Initiativen, auch mit Gewerkschaften, umfassen, immer als intersektionale und transversale Kämpfe zu verstehen. Das ist der Gewinn des Streiks als politisches transnationales feministisches Instrument, das für eine Vielfalt an Akteur*innen offen ist, nicht allein für Frauen*, sondern etwa auch für prekäre und migran-tische Arbeitende. Die transnationale feministische Streikwelle richtet sich gegen Rassismus, gegen geschlossene Grenzen und ausschließende Nationalismen, gegen militaristische, rechts-extreme und rechtspopulistische Maskulinismen, gegen neoliberale kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse und gegen den selbsterklärten Antigenderismus.

Neue feministische Multitude

Die feministische Multitude nimmt die Herausforderung an, die ihr die politische Theorie seit Jahrhunderten zuschreibt, nämlich die Gegenfigur einer auf der Souveränität eines „Volkes“ basierenden Form von liberaler Demokratie zu sein.¹² Es handelt sich nicht einfach um eine neuerliche Emanzipationsbewegung, die sich aus den Fängen des Patriarchats befreit, um endlich zu einem politischen Subjekt zu werden.¹³ Die vielen feministischen Konfluenzen verstehen sich als weltweite Multitude: Sie sind unterschiedlich und vielfältig und nicht reduzierbar auf einen Staat, eine Partei oder ein Volk.¹⁴ In diesem Sinn ist die multitudinäre Streikwelle die Aktualisierung der alten Figur, die als Pendant des „Volkes“ durch die moderne politische Theorie geistert, zu zerstreut und zu abhängig voneinander, um zu einem ordentlichen maskulinistischen Subjekt zu werden, das allein nach Parametern der Repräsentation und unter Herrschaft in der Lage ist, politisch zu handeln.

Die aktuelle multitudinäre Welle durchbricht

Die feministische Multitude nimmt die Herausforderung an, die ihr die politische Theorie seit Jahrhunderten zuschreibt, nämlich die Gegenfigur einer auf der Souveränität eines „Volkes“ basierenden Form von liberaler Demokratie zu sein.

die konstitutive liberale Trennung in geschlechts-spezifisch konnotierte Bereiche des Privaten und des Öffentlichen und sprengt mit dem Sorgestreik die mit dieser Trennung einhergehende Abwertung und Feminisierung von Reproduktion und Sorge auf. Demokratie bleibt nicht mehr auf eine vom Sozialen getrennte liberal-politische Form beschränkt.

Die feministische Multitude lässt sich nicht mehr im Privaten einhegen, wo ihr vorgeworfen wird, zu partikular und subjektivistisch zu sein, um zum Allgemeinen werden zu können. Sie verlässt diese Logik des Politischen und setzt ihm neue demokratische Politiken entgegen. Wenn die Multitude als politische Figur in der Gegenwart als Alternative zu „Volk“ und Populismus auftritt, dann ist sie, genauso wie

ihr immer vorgeworfen wurde, zutiefst in den sozialen Beziehungen verankert, in den Verbundenheiten und Affizierungen mit anderen; sie ist aus gutem Grund skeptisch gegenüber liberalen Logiken der Repräsentation, weil diese ihre Vielfältigkeit nicht garantieren können. Dagegen streikt die feministische Multitude, sie streikt gegen das „Volk“, gegen die international agierenden reaktionären Allianzen und gegen das Amalgam aus liberaler Demokratie und Neoliberalismus.

Zuerst veröffentlicht in: *Springerin. Hefte für Gegenwartskunst*, 2019(2), S. 36-39.



Isabell Lorey ist Professorin für Queer Studies in Künsten und Wissenschaft an der Kunsthochschule für Medien Köln. Sie forscht zu sozialen Bewegungen und der Frage nach neuen demokratischen Praxen, wie sie in den globalen Protestbewegungen seit 2011 entwickelt werden. Im Workshop „Neuer Feminismus?“

Frauenstreik, #metoo, NiUnaMenos“ diskutierte sie mit Anne Wizorek (Bloggerin, Autorin), Denise Garcia Bergt (International Women Space), Cecilia Maas (Ni Una Menos), Nives Bercht (feministische Aktivistin in den 80ern und Wendo-Trainerin) über neue Proteste und Perspektiven feministischer Bewegungen.

12 Vgl. Isabell Lorey: Constituent power of the multitude, in: *Journal of International Political Theory*, 1/2019, S. 119-133.

13 Zur Kritik des liberalen Emanzipationsbegriffs siehe Isabell Lorey: Emancipation and Debt, online unter: https://philosophycommons.typepad.com/disability_and_disadvanta/2018/06/emancipation-and-debt-may-27-2018.html.

14 InfoSex: If Women are Becoming a Multitude all Around the World, in: *DinamoPress*, 14. Dezember 2016, <https://www.dinamopress.it/news/if-women-are-becoming-a-multitude-all-around-the-world/>.



Interview mit Kerem Schamberger über Rojava als konkrete Utopie und einen neuen Internationalismus

Fridays for Future in Qamishlo

Was kann die Linke in Europa von Rojava lernen?

Kerem Schamberger ist Kommunikationswissenschaftler und politischer Aktivist im Verein marxistische linke und im ISM-Vorstand. Außerdem ist er im Vorstand des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw). Sein Forschungsschwerpunkt ist Kurdistan, Türkei und der Nahe Osten.

Der türkische Einmarsch in Rojava hat nicht nur eine in den letzten Jahren weitgehend friedliche Region zurück ins Chaos gestürzt, er bedroht auch eine neue, progressive Form partizipativer Demokratie. Was wurde in Rojava erreicht und was ist nun in Gefahr?

Mit Rojava ist eine konkrete Utopie in Gefahr, die in den letzten Jahren unter größten Anstrengungen und Opfern im Nahen Osten realisiert wurde. In Rojava ist eine neue Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens jenseits von Patriarchat, Kapitalismus und Nationalismus entstanden. Diese konkrete Utopie wird vom türkischen Einmarsch im vergangenen

Oktober bedroht, weil die Menschen, die versuchen diese Utopie zu realisieren, durch türkische Bombenangriffe und Bodentruppen vertrieben wurden und neue Machtstrukturen in den Gebieten, die seitdem von der Türkei besetzt sind, etabliert worden sind. Dort herrschen nun islamistische Kampfverbände und türkische Besatzungssoldaten. Ganz konkret in Gefahr ist auch eine wirkliche Frauenrevolution, die Befreiung der Frau aus fünftausend Jahren Patriarchat. Das ist dort natürlich nicht alles vollkommen perfekt und vollständig umgesetzt, es gibt viele Probleme und Rückschläge. Aber in den Gebieten, in denen die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen von Rojava sich etabliert haben, gab es immer größer

werdende Bereiche, in denen Frauen relativ frei sein und über ihr eigenes Leben und ihr eigenes Schicksal bestimmen und entscheiden können. Gleichzeitig ist auch eine neue Form von Demokratie, eine Art Räte-demokratie von unten bedroht.

Rojava steht für einen alternativen Gesellschafts-entwurf, der die Themen Demokratie, Feminismus und Ökologie miteinander verbindet. Warum ist es so wichtig, dass diese Themen zusammenkommen, und was kann die progressive Linke aus Rojava lernen?

Als alternativer Gesellschaftsentwurf macht Rojava deutlich, dass keine der Hauptfragen, also Kapital und Arbeit, Feminismus und Ökologie gegeneinander diskutiert werden können und das man nicht sagen kann, wir machen Revolution, lösen das widersprüchliche Verhältnis von Kapital und Arbeit auf und dann beschäftigen wir uns später mit Frauen und LGBTIQ-Fragen und noch später dann mit einer ökologischen Lebensweise. All diese Fragen, so schwierig und komplex sie auch sind, müssen gleichzeitig gedacht und angegangen werden, weil nur so eine wirkliche Emanzipation auf gesamtgesellschaftlicher Ebene möglich ist. Genau das können wir als Linke in Europa von Rojava lernen. Wir dürfen keine dieser Fragen hintenanstellen, sondern müssen alles in einer gesamtheitlichen Weise angehen. Genau das passiert in Rojava.

Zum Beispiel gibt es in Qamishlo auch eine Fridays For Future-Gruppe, die sich den globalen Protesten gegen die Klimakatastrophe angeschlossen hat. Es gibt große Bewegungen der Solidarität mit Geflüchteten, die in der Region leben und untergebracht werden müssen. Was wir davon lernen können, ist, dass diese Kämpfe nicht auseinanderdivergiert werden dürfen, sondern immer gemeinsam gedacht werden müssen. Fragen der Migration sind auch Folgen der Klimakrise, die Klimakrise ist eine Folge des Kapitalismus. Von dieser Herangehensweise der Menschen und der kurdischen Freiheitsbewegung dort vor Ort, können wir uns eine Scheibe abschneiden. Wir sind oft zu sehr in unseren Einzelkämpfen gefangen, ohne diese zu verbinden. Es gibt zwar Hoffnung machende Initiativen in der Klimagerechtigkeitsbewegung wie Ende Gelände, aber das müsste noch viel breiter und viel öfter so sein.

Rojava steht für einen neuen, nicht mehr paternalistischen Internationalismus, wie er in den 1960er, 1970er und 1980er Jahre teilweise praktiziert wurde.

Der neue Internationalismus basiert nicht mehr auf der Solidarität mit irgendwelchen Nationalstaaten, sondern mit den Basisbewegungen, die von unten versuchen, die Gesellschaft zu verändern.

Steht Rojava für einen neuen Internationalismus? Eine neue Bewegung der transnationalen Solidarität der Vielen, die den Rahmen des Nationalstaats hinter sich lässt?

Rojava steht für einen neuen, nicht mehr paternalistischen Internationalismus, wie er in den 1960er, 1970er und 1980er Jahre teilweise praktiziert wurde. Damals ging es oft darum, „wir im Westen“ zeigen uns mit euch im globalen Süden solidarisch und ihr könnt von uns lernen.

Jetzt können wir als Linke in Europa von Rojava lernen, wie man gesellschaftliche Emanzipationsprojekte organisieren und am Leben erhalten kann und dabei auch die Grenzen des Nationalstaats überwunden werden können. Das ist ja das besondere an der kurdischen Freiheitsbewegung, dass sie eben nicht mit dem Ziel eines wie auch immer gearteten kurdischen Nationalstaats antritt, sondern sagt, wir müssen den Nationalstaat als Produkt in der Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert auffassen. Die nationalstaatliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Europa, ist immer auch mit Genozid, mit massiver Bevölkerungsvertreibung und Zwangsassimilation einhergegangen. Die Entstehungsgeschichte der Türkei ist dafür ein gutes Beispiel. Dort wurden Armenier*innen, Griech*innen und Kurd*innen vertrieben und ermordet.

Der neue Internationalismus basiert nicht mehr auf der Solidarität mit irgendwelchen Nationalstaaten, sondern mit den Basisbewegungen, die von unten versuchen, die Gesellschaft zu verändern. Das sieht man auch daran, dass sich in Rojava nicht nur Kurd*innen und Araber*innen aufhalten, sondern viele Internationalist*innen aus der ganzen Welt. Das sind Menschen aus Lateinamerika, aus Europa, aus asiatischen Ländern, die sich politisch oder auch militärisch an dem Aufbau und der Verteidigung der Revolution dort beteiligen. Manche

haben das mit dem Spanischen Bürgerkrieg und den Interbrigaden von 1936 bis 1939 verglichen. Damals sind tausende Menschen dorthin gegangen, um die spanische Republik zu verteidigen und jetzt gehen Menschen nach Rojava, nicht um einen Nationalstaat oder eine Regierung zu verteidigen, sondern eine Basisbewegung von unten beim Aufbau zu unterstützen. Das größte Opfer, das dabei gebracht werden kann, ist es, dafür sein Leben zu geben. Mehrere Dutzend Internationalist*innen in den Reihen der kur-

dischen Selbstverteidigungseinheiten sind im Kampf gegen den IS und die türkische Invasion ums Leben gekommen.

Welche Verantwortung tragen wir in Europa, um Rojava zu unterstützen? Wie müsste eine solidarische europäische Perspektive auf Rojava aussehen?

Wir tragen eine große Verantwortung, Rojava zu unterstützen – aber im Sinne eines neuen Internationalismus. Nicht indem wir von außen kommen und fragen, was können wir ihnen mitgeben und sie dafür zu kritisieren, dass sie nicht die Reinheit der Lehre vertreten, sondern indem wir von den Freund*innen vor

Was wir erleben, sind breite gesellschaftliche Solidaritätsbündnisse, die von sozialen Bewegungen und Initiativen von unten getragen werden.

Ort lernen, wie dort ein emanzipatorischer Gesellschaftsaufbau organisiert wird und was wir daraus in unsere Kämpfe in Europa übertragen können. Wenn wir dafür sorgen, dass es in Europa progressive Linksrregierungen gibt, die den engen Kuschelkurs mit der türkischen Autokratie beenden oder einschränken, dann würde das Rojava Luft geben, sich weiter zu entwickeln und nicht einer beständigen Bedrohung ausgesetzt zu sein.

Die Verantwortung, die wir in Europa tragen, ist auch deshalb so groß, weil die Türkei den Krieg vor Ort mit europäischen Waffen führt. Ein konkreter erster Schritt, der auch von Parteien wie der SPD angegangen werden könnte, ist ein absoluter Waffenexportstop für die Türkei und erweiterte Sanktionen, die die Führungselite des AKP-Regimes und nicht die Bevölkerung betreffen. Solche Punkte könnten auch in der jetzigen Situation schon angegangen werden.

Auch gegen Dich ermittelte bereits die deutsche Justiz wegen deiner Solidarität mit der kurdischen Bewegung. Was können wir der Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung entgegenstellen?

In den letzten fünf Jahren seit dem IS-Angriff auf Kobane ist die Solidaritätsbewegung weltweit immens gewachsen; zehntausende Menschen sind gegen den türkischen Angriffskrieg auf die Straße gegangen. Was wir der Kriminalisierung entgegenstellen können, ist, dass wir uns massenhaft solidarisch zeigen, so wie bei den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg, als fünftausend Wimpel mit YPG/YPJ-Logo verteilt wurden. Die Polizei war nicht in der Lage, fünftausend

Anzeigen zu schreiben. Das Gleiche erleben wir auch im Internet, wenn tausende Menschen das Logo der Volks- oder Frauenverteidigungseinheit in den sozialen Netzwerken teilen. Das macht deutlich, dass viele Menschen solidarisch hinter denen stehen, die den IS unter größten Opfern besiegt haben und eine neue demokratische Gesellschaft aufbauen. Das ist auch ein kollektiver Akt des zivilen Ungehorsams, von dem wir in den gesellschaftlichen Kämpfen hierzulande noch viel mehr brauchen.

Was wir erleben, sind breite gesellschaftliche Solidaritätsbündnisse, die von sozialen Bewegungen und Initiativen von unten getragen werden und bisher, so auch in Deutschland, keinen Ausdruck innerhalb von Parteien finden. Viele Sozialdemokrat*innen, viele Grüne stehen solidarisch an der Seite der Entwicklung in Nordsyrien, aber die Parteien äußern sich nicht dazu, weil sie Angst haben, unter dem Damoklesschwert des Terrorvorwurfes oder des Vorwurfs der Sympathie mit

Terrororganisationen zu stehen. Hier muss innerhalb der Parteien noch einmal ein Umdenken stattfinden, wer denn die wirklichen Partner im Nahen und Mittleren Osten sind. Sind dies Regime wie Saudi-Arabien oder wie die türkische Regierung in Ankara oder ist es eine Bewegung, die für Demokratie, Feminismus und Ökologie einsteht?



Kerem Schamberger



Aufs Ganze gehen!

10 Jahre ISM – Die Perspektive der Mosaiklinken

Andrea Ypsilanti und Thomas Seibert

Dieser Text wurde vor der Corona-Pandemie verfasst, also vor den in ihrem Ausmaß heute noch gar nicht absehbaren Verwerfungen, die mit ihr durchbrechen. Trotzdem sind die diesem Text zugrunde liegenden Annahmen nach wie vor gültig und aktuell. Mehr noch: Die Nötigung zu einer Verständigung der linken Kräfte nicht nur zu gemeinsamem Widerstand, sondern zu einer Durchsetzungsperspektive ist sehr viel stärker geworden.

*Nach unserer Überzeugung müssen die Akteur*innen des linken Mosaiks nahezu bis zur Schmerzgrenze aufeinander zugehen und sich aufeinander beziehen. Das kann nicht heißen, bestehende und fortwirkende Unterschiede einfach aufzugeben, sondern das Wagnis auf sich zu nehmen, sie in einem gemeinsamen Projekt und für dessen politische Durchsetzung produktiv zu machen. Das neoliberale, konservative und rechtsextreme Lager sammelt sich auf seine Weise. Progressive Parteien, soziale und ökologische Bewegungen, Kulturschaffende, Wissenschaftler*innen und die vielen an ihrer eigenen wie an der Emanzipation aller arbeitenden Einzelnen müssen das auf ihre Weise tun: müssen riskieren, aus ihren Unterschieden das sie Verbindende, das ihnen Gemeinsame zu suchen.*

Wir haben das Institut Solidarische Moderne zu einer Zeit gegründet, als eine rot-grün-rote Koalition noch über eine gesellschaftliche Mehrheit verfügte. Ihr Zustandekommen wurde dann aber von den Parteien verfehlt, die sie hätten bilden sollen. Wir haben in einer solchen Koalition, das war und ist unser wichtigster Punkt, ein Ganzes gesehen, das mehr wäre als die Summe seiner Teile, mehr wäre also als die sozialdemokratische, die grüne und die Partei der Linken je nur für sich. Unser Ziel war und ist es, diesem Ganzen einerseits zum Ausdruck und andererseits zu einer Perspektive seiner Durchsetzung zu verhelfen. Unser Begriff für diese doppelte Aufgabe ist der einer radikal-demokratischen und sozialökologischen Transformation der bestehenden Verhältnisse. Sie muss und soll über den nationalen Rahmen hinausführen, auf ein mit sich und mit der Welt solidarisches Europa, auf eine globale solidarische Moderne. Mit diesem Projekt haben wir uns und unsere doch eher bescheidenen Kräfte nicht etwa überschätzt, sondern uns als offene „Programmwerkstatt“ einer breiten Mosaiklinken verstanden, die weit über uns selbst hinausreicht. Das Mosaik wiederum sollte nicht einfach eines der drei linken Parteien, es sollte vielmehr das Mosaik ganz verschiedener Formen linker Politik sein. Es sollte dabei Partei-, Zivilgesellschafts- und Bewegungspolitiken mit einer Politisierung kritischer Theorie verbinden – und andersherum. Auf den Punkt gebracht: Eine solidarische Moderne kann

nur eine Sache der bewussten Selbsttätigkeit der Gesellschaft wie vieler Einzelner sein.

Dabei blieb uns stets bewusst, dass die in Umfragen immer wieder bestätigte rot-grün-rote gesellschaftliche Mehrheit ungesichert war. Wir haben dazu den Begriff des „dissidenten Drittels“ gebildet, mit dem gesagt werden soll, dass die linken, solidarischen oder allgemeiner die progressiven Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft sicher nur ein Drittel ihrer Mitglieder umfassen, gegenüber zwei Dritteln, die zwischen beiden Richtungen schwanken oder gegebenenfalls eher nach rechts orientiert sind. Optimistisch blieben wir, weil wir der Auffassungen waren und sind, dass das „dissidente Drittel“, wenn es denn zusammenfindet, trotzdem mehrheitsfähig sein kann.

Zum rechten Lauf der Dinge

Zwischenzeitlich ist die jahrelang stabile rot-grün-rote Umfragemehrheit verdampft. Das geschah wesentlich infolge des rasanten Zerfalls der SPD, infolge der offenbaren Stagnation der LINKEN – und infolge einer Drift nach rechts, die in der AfD ihre dynamische Kraft gefunden, mittlerweile aber weite Teile der Gesellschaft erfasst und sich in einer manifesten Verschiebung nicht nur des Migrations-, sondern einiger anderer politischer Diskurse auf konservative oder offen reaktionäre Positionen niedergeschlagen hat. Dabei ist diese Drift nach rechts nicht bloß ein

bundesrepublikanisches, sondern ein gesamteuropäisches und nicht zuletzt ein globales Phänomen. Zugleich sind die Schranken, die der Rechtsdrift unserer Gesellschaft einerseits durch die Widerständigkeit sozialer Bewegungen und andererseits durch die Wahlerfolge der Grünen gesetzt wurden, in sich brüchig. Zum einen bindet der erzwungene permanente Abwehrkampf Energien, die zivilgesellschaftliche Initiativen wie soziale Bewegungen anderswo dringend brauchen und fördert dabei deren aus Jahrzehnten des Widerstands gegen neoliberale Angriffe stammende Neigung zur Selbstbeschränkung auf die Defensive. Zum anderen gibt es starke Tendenzen in der grünen Partei und unter ihren Wähler*innen, die eher auf eine schwarz-grüne Wende zugunsten einer ökologischen Modernisierung des Kapitals als auf eine sozialökologische Transformation setzen. Das grundsätzliche Ungenügen einer schwarz-grünen Wende liegt nun aber darin, dass ihr möglicher Erfolg an den Fortbestand und darüber hinaus an die Stärkung der Vormachtsposition der Bundesrepublik und der Europäischen Union in den globalen Machtverhältnissen und auf dem kapitalistischen Weltmarkt gebunden bleibt. Was das heißt, kann an der letztlich doch wankelmütigen Haltung der Grünen in der Frage der Migrationsabwehr und Migrationskontrolle abgelesen werden. Der entschlossenen Solidarität vieler Amtsträger*innen, Mitglieder und Unterstützer*innen der Grünen mit den Geflüchteten widerspricht die willentliche Teilhabe schwarz-grüner Länderregierungen an der herrschenden Anti-Migrations-Politik. Es kann auch, um aus gegebenem Anlass einen Blick über die Landesgrenze zu werfen, an der ÖVP und den österreichischen Grünen abgelesen werden, die gerade eine schwarz-grüne Koalition eingegangen sind.

Bedauerlicherweise sieht es bei den Sozialdemokrat*innen in dieser Frage nicht besser, sondern wenigstens ebenso düster aus: Immerhin ist die SPD Teil der Großen Koalition, deren Außenpolitik im Verbund mit EU und NATO dem türkischen Präsidenten Erdoğan freie Hand bei all seinen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gewährt. Und: Auch wenn die LINKE bei diesem wortwörtlich mörderischen Spiel mehrheitlich nicht mitspielt, sondern sich eindeutig an die Seite der Geflüchteten stellt, gibt es doch Kräfte in der Partei und wohl mehr noch in ihrer Wähler*innenbasis, die in dieser wie auch einigen anderen Fragen ebenfalls nach rechts tendieren.

Solidarische oder regressive Moderne

Die politische Lektion der Migrations- und der mit ihnen verbundenen Willkommensbewegungen liegt im Nachweis der Notwendigkeit, die unumgänglich globale Dimension heutiger Gerechtigkeitspolitiken in den Blick zu nehmen. Wir können in dieser Hin-

sicht ebenso gut von der Klimakrise sprechen, wir können und müssen aber auch vom dramatischen Armutsgefälle nicht bloß in der eigenen Gesellschaft, sondern im Weltmaßstab sprechen. Wir könnten schließlich auch von der globalen Krise überhaupt der Politik sprechen, einer Krise, die sich dramatisch im gewaltsamen Zerfall der überkommenen Weltordnung zeigt, in der Ausweitung der durch Krieg und Gewalt verheerten Weltregionen sowie in der Militarisierung der internationalen Politik und der fortlaufenden Aufrüstung Europas. Wohin man auch sieht, immer geht es darum, dass Gerechtigkeitspolitiken als der Kern linker Projekte stets in globalisierter Dimension gedacht werden müssen – oder aber gar keine Gerechtigkeitspolitiken und damit auch gar nicht mehr „links“ sein können. Es ist dieser Grund, der die Frage der Migrant*innen zu einer vordringlichen macht – nicht, wie immer wieder unterstellt, irgendeine auf Kosten der „sozialen Frage“ verfolgte „bloß“ linksliberale Multikulti-Versessenheit. Sichtbar wird das, um noch einmal darauf zurückzukommen, in der auch migrationspolitisch begründeten schamlosen Kooperation der EU und der NATO mit dem Kriegsverbrecher Erdoğan. Das alles stellt, davon sind wir überzeugt, nur den Anfang eines möglichen totalen Ausverkaufs aller Errungenschaften der europäischen wie der selbst wieder globalen Demokratisierungsgeschichte dar: den Beginn des Wegs nicht in eine solidarische, sondern in eine regressive und deshalb konsequent autoritäre Moderne. Demonstriert wurde das zuletzt im nicht mehr nur traurigen, sondern erbärmlichen Scheitern der Klimakonferenz von Madrid. Um es auf den Punkt zu bringen: Wer die soziale Frage in der Bundesrepublik vordringlich im nationalen Rahmen stellt, entwirft seine Politik, ob gewollt oder nicht, als Politik für die im Weltmaßstab privilegierten Bewohner*innen des globalen Nordens und in Verteidigung ihrer Privilegien – und verfällt deshalb nicht zufällig, sondern zwingend auf eine Politik der Grenzsicherung um jeden Preis. Die geht dann wiederum nicht zufällig, sondern zwingend über Leichen.

Rot-rot-grün, Grün-rot-rot

Für uns aber bleibt es auch und gerade deshalb bei dem Farbenspiel, dem wir uns von Anfang an verpflichtet haben. Das mag nach der oben stehenden Bilanz überraschen und irritieren. Doch haben wir sowohl hier als auch an vielen anderen Stellen zuvor klargestellt, dass Rot-rot-grün für uns nicht nur eine partei- und koalitionspolitische Angelegenheit, sondern die Sache des Ganzen eines progressiven Politikentwurfs ist, der auf Bewegungen der Straße oder auf zivilgesellschaftliche Initiativen oder Alternativen ebenso angewiesen ist wie auf Parteien. Die sozialökologische und radikaldemokratische Transfor-

mation, die wir mit diesem Farbenspiel ansprechen, verweist auf einen langen und mehrdimensionalen Prozess der Gesellschaftsveränderung, der über alles hinausgehen wird, was eine Regierung leisten kann. Doch wollen wir mit dem Bezug auf Rot-rot-grün und damit auf Partei- und Regierungspolitiken auch festhalten, dass wir unter global ausgespannten Gerechtigkeitspolitiken auf der Höhe unserer zunehmend dramatischen Zeit nach wie vor eine ganz realpolitische Sache verstehen.

Tatsächlich verlangen wir von einer rot-rot-grünen oder jetzt wohl eher grün-rot-roten Koalition auf Bundesebene „nur“ den Einstieg in eine radikal-demokratische und sozialökologische Transformation der Bundesrepublik und der EU, mit der zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen auf ihrem Terrain schon begonnen haben. Wie mindestens einem Drittel, vermutlich aber noch deutlich mehr Menschen der Bundesrepublik, geht es uns dabei um Dinge, die in den Programmen der Grünen, der SPD und der LINKEN, auch in denen vieler Gewerkschaften längst ihren Platz gefunden haben – vom Mindestlohn über die Bürger*innenversicherung, das sanktionsfreie Grundeinkommen, die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bis zu einer Bildungsoffensive und einer entschlossenen Beschleunigung, Vertiefung und Ausweitung der Energie- und Mobilitätswende. Dazu bedarf es auch einer neuen Finanzarchitektur für Deutschland und Europa. Es bedarf der Revision der Schuldenbremse, um ein sozial-ökologisch-kulturelles Investitionsprogramm in Europa zu ermöglichen. Es bedarf schließlich einer Finanztransaktionssteuer, die ihren Namen verdient, weil sie nicht den Aktienkauf, sondern die „Vernichtungswaffen“ des Derivate- und Hochfrequenzhandels besteuert.

Und: Wir wünschen uns darüber hinaus zwei, drei, vier Projekte, die es wagen, zumindest ein paar Schritte über den damit gezeichneten Horizont hinauszugehen. Solche Projekte könnten sich vielleicht in einer neuen Politik der Stadt und zugleich der Bürger*innenschaft verdichten, die deren im Wohnen, im Verkehr, in der allgemeinen sozialen Sicherung wie in der Ermöglichung der kulturellen und politischen Teilhabe aller ihrer Bewohner*innen geankerte Infrastruktur ebenso radikal demokratisiert wie ihre politische Verfassung und ihre Rolle im Gefüge des Politischen. So könnte Städten, wie von Gesine Schwan in der Initiative „Europa von unten neu beleben“ vorgeschlagen, eine sehr viel stärkere und zugleich progressive Rolle in der Migrationspolitik und im

ganzen Prozess der europäischen Einigung zufallen. Zugleich könnte eine in die Verfassungen Europas einzuschreibende „Städtebürger*innenschaft“ die offensiblen Grenzen nationaler Staatsbürger*innenschaft substanziell überschreiten. Damit wäre bei weitem nicht „alles“ anders, wohl aber einiges besser – und davon wiederum „etwas“ mehr. Dieses „etwas mehr“, das ist unsere Hoffnung und unser Einsatz, würde einer Mehrheit in diesem Land das grün-rot-rote Ganze sichtbar machen, das über die Summe seiner Teile hinausgeht. Es würde auf jede einzelne der drei Parteien zurückwirken und in ihnen die Tendenzen befördern, die über den jeweiligen Status quo hinausweisen. Vor allem die SPD, aber auch die LINKE würden davon enorm profitieren: die eine im Blick auf ihren ansonsten wohl unumkehrbaren Zerfall, die andere im Blick auf ihre auf Dauer nur lähmende Stagnation. Die Grünen wiederum würden ihre deutlich gestiegene Bedeutung verstetigen und verstärken können.

Doch mehr noch: Das in Frage stehende „etwas mehr“ würde nicht nur den beteiligten Parteien, es würde über sie hinaus dem progressiven Drittel, wenn nicht gleich der zumindest möglichen progressiven

Mehrheit dieser Gesellschaft einen enormen politischen Auftrieb geben. Es würde die Herausbildung einer gesellschaftlichen Linken ermöglichen, die in sich das Ganze wäre, das über die Summe der Parteien hinausreicht, die diese Linke repräsentieren wollen. Es würde damit auch die oben schon notierte Neigung sozialer Bewegungen zur Beschränkung auf Abwehrkämpfe aufbrechen. Damit könnte die oft unverbundene Vielzahl progressiver gesellschaftlicher Anliegen einen Rahmen des Gemeinsamen und den Ansporn zur Entwicklung nicht

mehr nur von Alternativen in Teilbereichen finden, sondern von Alternativen „ums Ganze“. Natürlich würde das auch zu Spannungen zwischen einer möglichen progressiven Koalition, ihren Minister*innen wie ihren Parteien und ihrer gesellschaftlichen „Basis“ führen. Diese Spannungen aber wären, da sind wir sicher, der nicht-fossile Brennstoff weiterer Fortschritte in einer zuerst allmählich, schließlich aber immer schneller Fahrt aufnehmenden radikal-demokratischen und sozialökologischen Transformation. Die aber wäre ebenso sehr eine Sache des Regierungs- wie des Alltagshandelns, eine Sache von Partei- und von Bewegungspolitiken. Sie wäre übrigens immer auch eine Sache der Straße: Wo steht denn geschrieben, dass der Sinn von großen und kleinen Demonstrationen immer nur im Protest gegen eine Regierung liegt? Es sind schließlich auch große wie

Wir verlangen von einer rot-rot-grünen oder jetzt wohl eher grün-rot-roten Koalition auf Bundesebene „nur“ den Einstieg in eine radikal-demokratische und sozialökologische Transformation der Bundesrepublik und der EU, mit der zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen auf ihrem Terrain schon begonnen haben.

kleine Demonstrationen denkbar, die eine zögerliche oder aber eine von institutionellen, auch von ökonomischen Blockaden bedrängte Regierung dazu treiben, in weitere Horizonte auf- und auszubrechen! Begonnen im mächtigsten Land der Europäischen Union hätte eine solche Wende, ein solcher Aufbruch nicht zu unterschätzende Dynamiken auch in anderen Ländern der Europäischen Union zur absehbaren Folge: Dynamiken, die der Drift nach rechts einen Riegel vorschieben könnten, mit der die Entwicklungen in Großbritannien, in Italien, in Österreich, Polen und Ungarn Europa in den Abgrund treiben.

2021 – wann denn sonst?

Tatsächlich könnten die nächsten Bundestagswahlen dem aktuellen Anschein entgegen von entscheidender Bedeutung sein. Es werden die ersten Bundestagswahlen überhaupt sein, in denen es keine „Volksparteien“ mehr gibt, deren Mit- und Gegeneinander nur drei Möglichkeiten zulassen: ein von der CDU oder ein von der SPD dominiertes Bündnis oder ein Bündnis von CDU und SPD. Die kommenden Bundestagswahlen sind deshalb in einem ganz neuen Sinn Wahlen offenen Ausgangs: Wahlen, mit denen zunächst „etwas“, und dann sehr viel mehr anders werden könnte. Sie könnten allerdings auch zu Wahlen werden, mit denen alles noch einmal, vielleicht sogar sehr viel schlimmer wird: eine Erfahrung, die in den letzten Jahren gleich in mehreren Ländern gemacht wurde. Ihr Ausgang wird in jedem Fall knapp sein, wird gegebenenfalls an wenigen Stimmen hängen. Stimmen, die im Moment, das liegt auf der Hand, am dringendsten von der SPD und von den LINKEN benötigt werden. Stimmen, die aber auch von den Grünen benötigt werden, wenn sie wirklich das Gewicht erhalten und bewahren wollen, das ihnen zuletzt zugefallen ist. Grund genug, sich am Riemen zu reißen. Spielraum aber auch für das über die drei Parteien hinausreichende Mosaik: Auch die zivilgesellschaftliche und die Bewegungslinke können nur gewinnen, wenn „ihre“ drei Parteien gewinnen. Dasselbe gilt für die Vielzahl lokaler oder sektoraler Transformationsprojekte, in denen heute schon praktisch an zuletzt sogar „ganz anderen“ Verhältnissen gearbeitet wird.

Damit sind wir bei unserem letzten, dem für das ISM immer schon leitenden Gedanken. Sichtbar wird dieser Punkt im Blick auf das Desaster von Labour in Großbritannien. Die Zeit, die diese alte, sehr alte linke Partei hatte, um zu lernen, eine neue linke Partei zu werden, war sehr knapp, sie war tatsächlich zu knapp bemessen. Das galt nicht nur für ihre Partei, es galt

auch für das im Grunde zu bunt und zu vielgestaltig angelegte gesellschaftliche Mosaik, das eine solche Erneuerung hätte tragen sollen. Das ist in der Bundesrepublik anders, das ist hier im Prinzip schon seit Jahrzehnten anders. Rot-Rot-Grün oder Grün-Rot-Rot hat hier, anders als in nahezu allen europäischen Ländern, eine weit zurückreichende Tradition. Von noch älteren Einstellungen her gesehen ist dies eine ungeliebte Tradition: Sozialdemokrat*innen wollten sich ihr einst mit Dachlatten in den Weg stellen. Es ist zugleich eine Tradition, die in der Zeit, in der sie auf der Bundesebene schon einmal zum Zug kam, kein Versprechen, sondern nur Enttäuschungen zurückgelassen hat.

Trotzdem gibt es diese Tradition, und genau gesehen war sie nie so angesagt wie in diesen gleich mehrfach erschreckenden, aktuell sogar furchterregenden Zeiten. Es käme schlicht und einfach drauf an – ja, es käme, es kommt verdammt auf das Ganze eines grünen und roten Aufbruchs an, auf das Ganze, das nicht nur mehr als seine Parteien, sondern auch mehr als seine Gewerkschaften, seine zivilgesellschaftlichen Verbände, seine sozialen Bewegungen ist. Ohne die sozialen Bewegungen, die den Parteien und Regierung „von unten“ und von der Straße her immer wieder neu die Richtung vorgeben und sie an ihre Verantwortung für die Transformation erinnern und binden, wird ein rot-grüner Aufbruch nicht real. Allerdings gilt dieser Verweis auf das unumgängliche Über-sich-hinausgehen-Müssen auch für die sozialen Bewegungen: Auch sie müssen sich ihrer Grenzen bewusst werden und selbst noch ihre Bereitschaft verstärken, ums Ganze zu kämpfen. Dabei leben Parteien, zivilgesellschaftliche Verbände, Bewegungen und das unübersehbare Geflecht widerständigen und zugleich alternativen Alltagshandelns von all den Einzelnen, die im Grunde lange schon gelernt haben, sich selbst ganz von sich aus, zur Not auch ganz allein auf sich gestellt auf dieses Ganze zu beziehen. Und diese Einzelnen sind viele: sie sind die Vielen, und sie sind ihr Mosaik. Zu ihren Gemeinsamkeiten gehört, dass sie von der begrenzten Kraft und der begrenzten Reichweite wissen, die Parteien und sogar Regierungen zukommt, wenn's ums Ganze geht. Gerade deshalb teilen sie aber auch die Einsicht in die Unumgänglichkeit der Parteien und Regierungen immer noch in die Hand gegebenen Möglichkeiten. Heute hängt an ihnen der Einstieg in den Ausstieg aus fast 50 Jahren neoliberaler Verödung der Politik und der Gesellschaft. „Heute“ ist 2021. Der Ausgang ist offen, und er hängt, sagen wir das noch einmal, an wenigen Stimmen. Unsere gehören dazu: im weitesten Sinn des hier gemeinten „Wir“.

Impressum

Herausgegeben von:
Institut Solidarische Moderne e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
www.solidarische-moderne.de

Mit Beiträgen von:
Judith Amler, Tamer Düzyol, Esther Lehnert, Isabell Lorey, Tazio Müller, Kerem Schamberger, Thomas Seibert,
Axel Troost, Andrea Ypsilanti, Malisa Zobel

Textredaktion und Lektorat: Vanessa Höse, Jakob Roßa

Layout: Alex Feuerherdt

Bildnachweise:

Seite 3: Stephanie Handtmann (ISM-Konferenz „Die Politik der Vielen“, 15.-16.06.2019)

Seiten 5 und 9: Stephanie Handtmann (Esther Lehnert und Tamer Düzyol)

Seite 10: Nele Sander (CC-BY) (#unteilbar-Demonstration am 06.07.2019 in Leipzig)

Seite 13: Judith Amler

Seite 14: Daphne Bülllesbach

Seite 16: Malisa Zobel

Seite 17: Axel Troost

Seite 20: Tazio Müller

Seite 22: Heawon Chae, International Women Space (Demonstration „It’s not a party, it’s a fight“, Berlin, 08.03.2020)

Seite 26: Isabell Lorey

Seite 27: Kerem Schamberger (Kurdische Journalistinnen, die am 21.03.2018 in Kobane von den dortigen Newroz-Feiern berichtet haben)

Seite 29: Kerem Schamberger

Seite 30: Andrea Ypsilanti, Thomas Seibert

Seite 35: Stephanie Handtmann

Berlin, im Mai 2020



Werde ISM-Mitglied!

Die Zeit ist reif für neue Ideen! Mit Deiner Mitgliedschaft unterstützt Du unsere Arbeit als Denkfabrik und Plattform für solidarische Politikkonzepte und einen linken Aufbruch.

Anders als andere Institute, die von wenigen, finanzstarken Interessengruppen getragen werden, zeichnet sich das Institut Solidarische Moderne auch durch seine Unabhängigkeit aus: Etwa 1.000 Mitglieder finanzieren mit ihren Mitgliedsbeiträgen die Arbeit unserer Programmwerkstatt. Werde jetzt Teil des Projekts!

Mit deinem Mitgliedsbeitrag von 8,33 Euro im Monat, einem ermäßigten Beitrag oder einem Soli-Beitrag unterstützt Du unsere Arbeit und Projekte: Wir organisieren Veranstaltungen und Konferenzen, veröffentlichen Strategiepapiere und arbeiten an der Vernetzung von progressiven Akteur*innen aus Parteien, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich, für unsere Geschäftsstelle und Verwaltung fallen jedoch laufend Kosten an.

Als Institutsmitglied wirst Du über unsere aktuellen Projekte und Debatten, anstehende Veranstaltungen und interessanten Veröffentlichungen informiert. Ebenso sind Mitglieder zu internen Veranstaltungen eingeladen. Wir entwickeln darüber hinaus weitere Möglichkeiten für Mitglieder, sich in die inhaltliche Arbeit der Programmwerkstatt einzubringen und an Diskussionsprozessen zu beteiligen.

Es ist Zeit für einen linken Aufbruch!

Den Mitgliedsantrag findest Du hier:

t1p.de/ISM-Mitgliedsantrag

Du kannst uns auch per E-Mail kontaktieren:

info@solidarische-moderne.de

Oder unterstütze uns mit einer Spende. Unsere Bankverbindung:

Institut Solidarische Moderne

Berliner Sparkasse

IBAN: DE76 1005 0000 6603 1790 14

BIC-/SWIFT-Code: BELADEBEXX

Verwendungszweck: Spende

Die Politik der Vielen findet überall da statt, wo Menschen über ihre eigenen Perspektiven und Kämpfe hinausblicken und gemeinsam für eine solidarische Gemeinschaft von morgen eintreten. In dieser Broschüre sind Analysen und Erfahrungen versammelt, die von den sozialen Bewegungen unserer Zeit ausgehen und wegweisend sind für eine radikaldemokratische und sozial-ökologische Transformation der bestehenden Verhältnisse. Denn es geht um nicht weniger als: ums Ganze!